

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Ansprachen von Werner Nachmann
und Papst Johannes Paul II.
bei der Begegnung in Mainz
am 17. November 1980

Ernst Ludwig Ehrlich
Gedanken zur Papstrede
an die Vertreter der Juden
in Deutschland

Willehad Paul Eckert OP
Die Begegnung
Papst Johannes Paul II.
mit Juden in Deutschland

Jizchak Schwersenz/Edith Wolff
Jüdische Jugend im Untergrund
Eine zionistische Gruppe in Berlin
während des Zweiten Weltkriegs

ISSN 0479-611 X

B 15-16/81

11. April 1981

Werner Nachmann, Vorsitzender des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Ernst Ludwig Ehrlich, geb. 1921 in Berlin; Lehrtätigkeit an den Universitäten: FU Berlin, Frankfurt/M., Zürich und derzeit Bern; Direktor des europäischen B'nai B'rith; Zentralsekretär der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz.

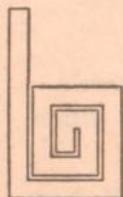
Veröffentlichungen u.a.: *Der Traum im Alten Testament*, Berlin 1953; *Quellenheft Geschichte der Juden in Deutschland*, Düsseldorf 1956; *Geschichte Israels*, Berlin 1958, 3. Auflage 1980; *Kultsymbolik des Alten Testaments und des nachbiblischen Judentums*, Stuttgart 1959; Herausgeber: der „*Studia Judaica*“ (Berlin, seit 1951, bisher 10 Bände), des „*Christlich-Jüdisches Forum*“ (Basel, seit 1958).

Pater Dr. Willehad Paul Eckert, geb. 1926 in Köln; seit 1945 Dominikaner; seit 1976 Leiter der theologischen Hochschule in Walberberg; seit 1977 Prior des Dominikanerkonventes St. Albert in Walberberg; Lehrauftrag für Kirchengeschichte an der Universität Köln; Mitwirkung beim Aufbau der Ausstellung *Monumenta Judaica* 1963/64; Katholischer Vorsitzender des Deutschen Koordinierungsrates, des Dachverbandes für christlich-jüdische Zusammenarbeit; Mitglied des Ständigen Gesprächskreises Christen und Juden im Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

Buchveröffentlichungen u.a.: *Kleine Geschichte der Universität Köln*, über Thomas von Aquino, Nikolaus Cusanus, Erasmus von Rotterdam, Willibald Pirckheimer. *Kunstreiseführer Köln/Kunstreiseführer Niederrhein*. Zahlreiche Zeitschriftenaufsätze und Lexikon-Artikel, so in der *Brockhaus-Enzyklopädie* über Judentum und jüdische Persönlichkeiten.

Jizchak Schwarsenz, geb. 1915 in Berlin; 1937 Lehrer am Landschulheim der jüdischen Oberrealschule in Herrlingen bei Ulm; 1938 Übersiedlung nach Berlin; hier führend tätig im „*Makkabi Hazair*“ und Lehrer an der Volksschule der Jüdischen Gemeinde; gleichzeitig Instruktor (Madrich) seines Bundes an der „*Jugend-Allijah-Schule*“. In Zürich Studium der Geschichte, Geographie und Pädagogik und Gründung des Bundes Jüdischer Pfadfinder; 1953 Auswanderung nach Israel; dort Lehrer an einem Gymnasium.

Edith Wolff, geb. 1904 in Berlin; vor Kriegsausbruch in Berlin Mitarbeiterin von Recha Freier in der „*Jüdischen Jugendhilfe*“ des Palästina-Amtes; nach Kriegsausbruch und dem Beginn der Deportationen zusammen mit antifaschistischen deutschen Gruppen (Bekennende Kirche, Kreisauer Kreis) illegale Hilfsaktionen für untergetauchte Flüchtlinge, Juden wie Nichtjuden; im Februar 1943 zusammen mit Schwarsenz Organisation des „*Chug Chaluzi*“; im Juni 1943 von der Gestapo verhaftet, bis zur Befreiung im Mai 1945 im KZ Ravensbrück sowie in 17 weiteren Strafanstalten, Gefängnissen, Arbeitslagern und Zuchthäusern; danach Leiterin einer Ortsgruppe der VVN — Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes — in Berlin (Rehabilitierung von überlebenden jüdischen Häftlingen). 1954 Auswanderung nach Israel; hier in verschiedenen Institutionen zur Wiedergutmachung an den Nazi-Verfolgten tätig; seit 1970 in der Gesellschaft zur Vorbereitung einer Mittelost-Konföderation in Haifa.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Klaus W. Wippermann (i. V.).
Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Ansprache an Papst Johannes Paul II. bei der Begegnung mit Vertretern der Juden in Mainz am 17. November 1980

Eure Heiligkeit!

Die Zahl der Juden in Deutschland, deren Vertreter zu empfangen Sie uns die Ehre geben, ist klein geworden. Brutale Gewalt, der wir schutzlos ausgeliefert waren, hat uns dezimiert. Wir danken Ihnen dafür, daß Sie uns anhören.

Auf dem Katholikentag in Berlin wurde die Frage gestellt, wie wir mit der Schuld der Väter leben. Wir haben dort erklärt, daß wir diese Frage an alle stellen müssen. Nicht nur an die Kinder der Mörder, der Gleichgültigen, der Feigen, der Blinden, der Verzagten, der Tapferen, unter ihnen auch katholische Frauen und Männer, sondern auch die Kinder der Opfer.

Wir alle, Juden wie Christen, haben die Ursache des Bösen, das über uns hereinbrach, noch nicht ausreichend ergründet. Doch wir vertrauen darauf, daß die Erfahrungen der Unmenschlichkeit, aber auch die Erfahrungen gedankenloser Blindheit, uns für das Unrecht hellhöriger und sensibler gemacht haben. Noch immer werden in dieser Welt Menschen wegen ihres Glaubens und ihrer Rasse verfolgt. Und wieder sind vielerorts Juden der Schmähung, der Willkür und der Not ausgeliefert.

Während Ihres Pontifikats haben Sie auf diesen beklagenswerten Zustand immer wieder hingewiesen. Wir schulden Ihnen dafür hohen Respekt und tief empfundene Dankbarkeit. Erlauben Sie uns daher die herzliche Bitte, bei Ihrer weltweiten Hilfe für die Entrechteten unsere jüdischen Brüder und Schwestern nicht zu vergessen. Wir sind in das Land, in dem uns die Menschenwürde abgesprochen war, zurückgekehrt, weil auch das Erlebnis des Abgrundes unsere Hoffnung auf den Menschen nicht ganz ersticken konnte, die Hoffnung auf die Fähigkeit und die Kraft des Guten. In dieser Hoffnung haben wir gerade in den Kirchen Partner gefunden, die mit uns bereit waren, das Vergangene zu bedenken und daraus Folgerungen zu ziehen.

Wir wissen uns, Eure Heiligkeit, mit Ihnen einig in der Erfahrung des Unrechts. Wir sind Ihnen Dank dafür schuldig, daß Sie unentwegt zur Brüderlichkeit mahnen.

Wir vermerken anerkennend und dankbar die Arbeit der Deutschen Bischofskonferenz. Was bisher von der Ökumenekommission und gemeinsam mit uns geleistet wurde, stützt unsere Zuversicht, daß die Kenntnis über das Judentum zunimmt.

Die jüdischen Gemeinden in Deutschland haben im vergangenen Jahr eine Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg gegründet, die nicht nur jüdischen Studenten offensteht. Gerade mit ihr wollen wir den Dialog fortsetzen und vertiefen. Auch wenn es noch Jahre dauert, am Ende sollte doch die Besinnung auf die gemeinsamen Werte stehen.

Uns liegt jedoch sehr daran, daß sich dieser Dialog nicht auf die Theologen beschränkt. Um Mißtrauen und Unkenntnis abzubauen, wird es notwendig sein, daß das neue Verständnis, das wir anstreben, auch in den Pfarrgemeinden, im Religionsunterricht und bei manchen religiösen Volksspielen ein Umdenken herbeigeführt.

Die Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz, der tiefe Ernst, mit dem darüber auf dem letzten Katholikentag in Berlin gesprochen wurde und vor allem Ihre, Eure Heiligkeit, Aussage spornen uns an, für dieses gegenseitige Verstehen weiterhin tätig zu sein und in unserer Aktivität nicht nachzulassen.

Doch wir würden unserer Aufgabe sicher nicht gerecht, wollten wir den Weg zum Frieden und zur Versöhnung auf diesen Kontinent beschränken, von dem in unserem Jahrhundert so viel Unheil ausging. Hier wurden nach den Jahren des Grauens Brücken geschlagen. Mit großer Bewunderung sind wir Zeugen der Begegnung deutscher und polnischer Bischöfe, die das Gespräch begannen und sich zur Aussöhnung in gegenseitiger Achtung und

Brüderlichkeit trafen, um gemeinsam für den Frieden zu arbeiten und zu beten. Sie haben damit ein Beispiel gesetzt, das für andere Regionen in der Welt Vorbild sein könnte.

Das Land Israel ist für uns nach dem Holocaust ein Zeichen des Überlebens geworden. Darum sind die Juden in der Welt, besonders die Juden in Deutschland, ihren Brüdern und Schwestern in Israel außergewöhnlich verbunden. Und darum sind Frieden und Sicherheit für das Land unersetzlich. Noch nie war den Menschen der Zugang zu den heiligen Stätten so frei. Wir beten: „Von Zion geht die Wahrheit aus und das Wort Gottes von Jerusalem.“

Der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel bedarf unserer gemeinsamen Unterstützung: für den Frieden in der Welt. Vor jüdischen Repräsentanten in Paris sagten Sie, gegenseitiges Kennenlernen wird uns ermöglichen, für eine Gesellschaft zu arbeiten, die frei ist von Diskriminierungen und Vorurteilen, wo Liebe und nicht Haß, Friede und nicht

Krieg, Gerechtigkeit und nicht Unterdrückung herrschen. Gestatten Sie, Eure Heiligkeit, uns daher Sie zu bitten, dieses hohe Ziel gemeinsam auch für die Menschen in Israel anzustreben.

Der freundliche Empfang, den Sie uns heute morgen gewähren und für den wir Ihnen in hoher Wertschätzung und Verehrung herzlich danken, gibt uns die Gewißheit, daß der Dialog zwischen der katholischen Kirche und der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland wesentlich dazu beiträgt, daß Geschehenes, wie wir es erlebt haben, sich niemals wiederholen darf.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, seine Eminenz Josef Kardinal Höffner, dem wir auch an dieser Stelle für die Zusammenarbeit herzlich danken, schrieb uns zum Neujahrsfest: „Schalom ist dann in der Welt Wirklichkeit, wenn alle Beziehungen untereinander endlich in Ordnung sind, die Beziehungen zwischen Gott und Mensch und von Mensch zu Mensch.“

Ansprache an die Vertreter der Juden in Mainz am 17. November 1980

Schalom!

Geehrte Herren, liebe Brüder!

Ich danke Ihnen für die freundlichen und aufrichtigen Worte der Begrüßung. Diese Begegnung war mir ein Herzensanliegen im Rahmen dieser apostolischen Reise, und ich danke Ihnen, daß Sie auf meinen Wunsch eingegangen sind. Möge Gottes Segen über dieser Stunde stehen!

1. Wenn sich die Christen als Brüder aller Menschen verstehen und sich auch danach verhalten sollen, um wieviel mehr gilt dann diese heilige Verpflichtung, wenn sie Angehörigen des jüdischen Volkes gegenüberstehen! In der „Erklärung über das Verhältnis der Kirche zum Judentum“ vom April dieses Jahres haben die Bischöfe der Bundesrepublik Deutschland den Satz an den Anfang gestellt: „Wer Jesus Christus begegnet, begegnet dem Judentum.“ Dieses Wort möchte auch ich mir zu eigen machen. Der Glaube der Kirche an Jesus Christus, den Sohn Davids und den Sohn Abrahams (vgl. Mt 1,1), enthält in der Tat, was die Bischöfe in jener Erklärung „das geistliche Erbe Israels für die Kirche“ nennen (Abschnitt II), ein lebendiges Erbe, das von uns katholischen Christen in seiner Tiefe und seinem Reichtum verstanden und bewahrt werden will.

2. Die konkreten brüderlichen Beziehungen zwischen Juden und Katholiken in Deutschland bekommen einen ganz besonderen Wert vor dem dunklen Hintergrund der Verfolgung und versuchten Ausrottung des Judentums in diesem Lande. Die unschuldigen Opfer in Deutschland und anderswo, die zerstörten oder versprengten Familien, die für immer vernichteten Kulturwerte und Kunstschätze sind ein tragischer Beweis dafür, wohin Diskriminierung und Verachtung der Menschenwürde führen können, vor allem wenn sie beiseit sind von perversen Theorien über eine angebliche Verschiedenwertigkeit der Rassen oder über die Aufteilung der Menschen in „wertvolle“ und „lebenswerte“ gegenüber den „wertlosen“ und „lebensunwerten“. Vor Gott sind alle Menschen gleich wertvoll und wichtig.

In diesem Geist haben sich auch Christen während der Verfolgung, oft unter Lebensgefahr, eingesetzt, die Leiden ihrer jüdischen Brüder zu verhindern oder zu lindern. Ihnen möchte ich in dieser Stunde Anerkennung und Dank aussprechen. Ebenso jenen, die als Christen in der Bejahung ihrer Zugehörigkeit zum Volk der Juden den Leidensweg ihrer Brüder und Schwestern bis zum Ende mitgegangen sind — wie die große Edith Stein, mit ihrem Klosternamen Theresia Benedikta vom Kreuz, deren Andenken zu Recht in hohen Ehren gehalten wird.

Erwähnen möchte ich ferner auch Franz Rosenzweig und Martin Buber, die durch ihren schöpferischen Umgang mit der jüdischen und der deutschen Sprache eine bewundernswerte Brücke für eine vertiefte Begegnung beider Kulturbereiche geschaffen haben.

Sie heben selbst in Ihrem Grußwort hervor, daß bei den vielfachen Bemühungen, in diesem Land ein neues Zusammenleben mit den jüdischen Mitbürgern aufzubauen, die Katholiken und die Kirche einen entscheidenden Beitrag geleistet haben. Diese Anerkennung und die dazu notwendige Mitwirkung Ihrerseits erfüllt mich mit Freude. Meinerseits möchte ich auch Ihren diesbezüglichen Initiativen dankbare Bewunderung aussprechen bis hin zur jüngsten Gründung Ihrer Hochschule in Heidelberg.

3. Tiefe und Reichtum unseres gemeinsamen Erbes erschließen sich uns besonders in wohlwollendem Dialog und vertrauensvoller Zusammenarbeit. Ich freue mich, daß dies alles hierzulande bewußt und zielstrebig gepflegt wird. Viele öffentliche und private Initiativen im pastoralen, akademischen und sozialen Bereich dienen diesem Anliegen, auch bei ganz feierlichen Anlässen wie neulich beim Katholikentag in Berlin. Ein ermutigendes Zeichen war auch die Tagung des Internationalen Verbindungskomitees zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Judentum im vergangenen Jahr in Regensburg.

Dabei geht es nicht nur um die Berichtigung einer falschen religiösen Sicht des Judentums, welche die Verkennungen und Verfolgungen

gen im Lauf der Geschichte zum Teil mitverursachte, sondern vor allem um den Dialog zwischen den zwei Religionen, die — mit dem Islam — der Welt den Glauben an den einen, unaussprechlichen, uns ansprechenden Gott schenken durften und stellvertretend für die ganze Welt ihm dienen wollen.

Die erste Dimension dieses Dialoges, nämlich die Begegnung zwischen dem Gottesvolk des von Gott nie gekündigten (vgl. Röm 11, 29) Alten Bundes und dem des Neuen Bundes, ist zugleich ein Dialog innerhalb unserer Kirche, gleichsam zwischen dem ersten und zweiten Teil ihrer Bibel. Hierzu sagen die Richtlinien für die Durchführung der Konzilerklärung „Nostra aetate“: „Man muß bemüht sein, besser zu verstehen, was im Alten Testament von eigenem und bleibendem Wert ist... da dies durch die spätere Interpretation im Licht des Neuen Testamentes, die ihm seinen vollen Sinn gibt, nicht entwertet wird, so daß sich vielmehr eine gegenseitige Beleuchtung und Ausdeutung ergibt.“

(II.)

Eine zweite Dimension unseres Dialoges — die eigentliche und zentrale — ist die Begegnung zwischen den heutigen christlichen Kirchen und dem heutigen Volk des mit Mose geschlossenen Bundes. Hierbei kommt es darauf an, „daß die Christen — so die nachkonziliaren Richtlinien — danach streben, die grundlegenden Komponenten der religiösen Tradition des Judentums besser zu verstehen, und daß sie lernen, welche Grundzüge für die gelebte religiöse Wirklichkeit der Juden nach deren eigenem Verständnis wesentlich sind“ (Einleitung). Der Weg zu diesem gegenseitigen Kennenlernen ist der Dialog. Ich danke Ihnen, verehrte Brüder, daß auch Sie ihn mit jener „Öffnung und Weitung des Geistes“, mit jenem „Takt“ und mit jener „Behutsamkeit“ führen, die uns Katholiken von den erwähnten Richtlinien (I.) ans Herz gelegt werden. Eine Frucht solchen Dialoges und eine Wegweisung für seine fruchtbare Fortsetzung ist die eingangs zitierte Erklärung der deutschen Bischöfe „über das Verhältnis der Kirche zum Judentum“ vom April dieses Jahres. Es ist mein drin-

gender Wunsch, daß diese Erklärung geistiges Gut aller Katholiken in Deutschland werde!

Noch eine dritte Dimension unseres Dialoges möchte ich kurz ansprechen. Die deutschen Bischöfe widmen das Abschlußkapitel ihrer Erklärung den Aufgaben, die wir gemeinsam haben. Juden und Christen sind als Söhne Abrahams berufen, Segen für die Welt zu sein (vgl. Gen 12,2 f), indem sie sich gemeinsam für den Frieden und die Gerechtigkeit unter allen Menschen und Völkern einsetzen, und zwar in der Fülle und Tiefe, wie Gott selbst sie uns zuge-dacht hat, und mit der Bereitschaft zu den Opfern, die dieses hohe Ziel erfordern mag. Je mehr diese heilige Verpflichtung unsere Begegnung prägt, desto mehr gereicht sie auch uns selbst zum Segen.

4. Im Lichte dieser abrahamitischen Verheißung und Berufung blicke ich mit Ihnen auf das Schicksal und die Rolle Ihres Volkes unter den Völkern. Gern bete ich mit Ihnen um die Fülle des Schalom für alle Ihre Volks- und Glaubensbrüder und auch für das Land, auf das alle Juden mit besonderer Verehrung blicken. Unser Jahrhundert durfte die erste Pilgerfahrt eines Papstes ins Heilige Land erleben. Die Worte Pauls VI. beim Betreten Jerusalems möchte ich zum Abschluß wiederholen: „Erfleht mit uns in eurem Wünschen und Beten Eintracht und Frieden über dieses einzigartige, von Gott besuchte Land! Beten wir hier zusammen um die Gnade einer wahren und tiefen Bruderschaft zwischen allen Menschen, zwischen allen Völkern!... Glückliche seien, die dich lieben, Ja, Friede wohne in deiner Umwallung. Gedeihen in deinen Palästen. Ich erbitte dir Frieden, ich ersehne dir Glück! (vgl. Ps 122, 6—9)“.

Möchten bald alle Völker in Jerusalem versöhnt und in Abraham gesegnet sein! ER, der Unaussprechliche, von dem uns seine Schöpfung spricht; ER, der seine Menschheit nicht zum Guten zwingt und sie dennoch führt; ER, der sich in unserem Schicksal bekundet und verschweigt; ER, der uns für alle zu seinem Volk erwählt; ER führe uns auf seinen Wegen in seine Zukunft! — SEIN NAME sei gepriesen! Amen. —

Gedanken zur Papstrede an die Vertreter der Juden in Deutschland

Die Mainzer Ansprache des Papstes steht im Zusammenhang des Dialoges zwischen Christen und Juden nicht isoliert da. Sie muß in einem größeren Zusammenhang gesehen werden und gewinnt erst dadurch ihre besondere Bedeutung. Zuerst nennen wir hier das Arbeitspapier „Theologische Schwerpunkte des jüdisch-christlichen Gesprächs“ des Gesprächskreises „Juden und Christen“ des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (8. Mai 1979). In seiner theologischen Substanz und Tragweite ist dieser Text wahrscheinlich das bedeutendste Dokument, das in deutscher Sprache über diesen Problembereich veröffentlicht wurde. Hier wird nichts verschwiegen, der Dissens zwischen Juden und Christen aufgedeckt und dennoch das Postulat eines gemeinsamen Auftrages von Juden und Christen erhoben. Zeitgenossenschaft und Weggemeinschaft sind die beiden Leitworte dieses Textes. Das bedeutet folgendes: Christen erkennen an, daß das Judentum nicht durch das Christentum überholt sei; der Christ darf im Judentum von heute nicht nur „das Denkmal seiner eigenen Vergangenheit“ sehen. Juden anerkennen, auch der Christ habe heute noch dem Juden etwas zu sagen, was ihm für seinen jüdischen Glauben von Belang ist.

Juden und Christen haben etwas Entscheidendes gemeinsam. Es ist derselbe Gott, von dem Juden und Christen sich berufen wissen: „Christen können aus ihrem eigenen Glaubensverständnis nicht darauf verzichten, auch Juden gegenüber Jesus als den Christus zu bezeugen. Juden können aus ihrem Selbstverständnis nicht darauf verzichten, auch Christen gegenüber die Unüberholbarkeit der Tora zu betonen. Das schließt jeweils die Hoffnung ein: Durch dieses Zeugnis könne beim anderen die Treue zu dem an ihn ergangenen Ruf Gottes wachsen und das gegenseitige Verstehen vertieft werden. Hingegen soll nicht die Erwartung eingeschlossen sein, der andere möge das Ja zu seiner Berufung zurücknehmen oder abschwächen.“

Bei dieser Erklärung spürt man, daß sie aus einem langjährigen Dialog mit Juden langsam gewachsen ist und sich hier Katholiken und Juden wiedererkennen, wenn sie zueinander und übereinander reden. Freilich soll dabei

nicht verschwiegen werden, daß es sich hier um ein „Arbeitspapier“ handelt, das von keinem offiziellen Gremium angenommen wurde und anders auch nicht konzipiert worden war. Gleichwohl schreibt Bischof Klaus Hemmerle in seinem Vorwort, dieses Dokument stelle eine Entdeckung dar, „die der Umsetzung bedarf aus dem Zirkel der Eingeweihten in den Alltag der Glaubenden, in die Mitte unserer Welt“.

Von einem ganz anderen Stellenwert ist die Erklärung der Deutschen Bischöfe „Über das Verhältnis der Kirche zum Judentum“ vom 28. April 1980. Dieser Text stellt ein kirchenamtliches Dokument dar, dem alle deutschen Bischöfe zugestimmt haben. Dafür war ein Treffen auf einem gemeinsamen Nenner notwendig, so daß auch jene Bischöfe, die sich mit dieser Problematik vorher wenig beschäftigt hatten, diese Erklärung ebenfalls akzeptieren konnten. In diesem umfangreichen Dokument der deutschen Bischofskonferenz findet sich alles, was bisher kirchenamtlich — sei es in Deutschland, sie es im vatikanischen Bereich in Rom — über das Verhältnis der Katholiken zu Juden und Judentum erarbeitet worden ist. Niemand, der wirklich unvoreingenommen diesen Text zur Kenntnis nimmt, wird nicht von dem theologischen Gehalt, den exegetischen Einsichten, der Vertiefung in diese schwierige Problematik beeindruckt sein. Wenn diese Erklärung wirklich einmal Gemeingut aller deutschen Katholiken — auch der Pfarrer und Religionslehrer — würde, hätten wir einen ungeheuren Fortschritt erzielt. Die Erklärung der deutschen Bischöfe zeugt von ungemein viel gutem Willen, von theologischer Verantwortung, einer Hingabe an die Sache und dem ernstesten Versuche, Juden und Judentum zu verstehen und aus katholischer Sicht gerecht zu werden.

Mit zwei wesentlichen Problembereichen haben sich die Bischöfe jedoch noch nicht beschäftigt, und diese Fragen kommen daher auch in ihrem Dokument zu kurz: Die Wirkung der jahrhundertelangen *kirchlichen* Judenfeindschaft auf das Bewußtsein der Menschen und, damit zusammenhängend, die Schwächung der Abwehrkräfte gegen den nazistischen Judentum. Wir behaupten, der Widerstand gegen

gen die nazistische Judenfeindschaft seitens der Katholiken wäre größer gewesen, wenn sich nicht erhebliche judenfeindliche Elemente in der kirchlichen Tradition gefunden hätten. Die pseudotheologische Judenfeindschaft der Kirche hat dem Rassenantisemitismus der Nationalsozialisten den Weg geebnet. Diese Interdependenz sollte heute langsam zum Allgemeingut historisch-kritischen Denkens geworden sein. Ferner findet sich in der Erklärung der Bischöfe keinerlei Hinweis auf die Bedeutung des Staates Israel für das Selbstverständnis des jüdischen Volkes und des einzelnen Juden. Wenn man heute Christen über das Judentum belehren will, kann man von dieser existentiellen Tatsache schlechthin nicht absehen, es sei denn, man zeichne nach wie vor nur ein rudimentäres Bild vom Judentum.

Von protestantischer Seite wurde im Jahre 1980 der Synodalbeschluß „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ der Rheinischen Kirche erlassen. Dieser Text hat weithin Aufsehen erregt und Zustimmung und Widerspruch erfahren. Wir kennen kein einziges anderes Papier dieser Art, das derart — weit über den Raum der Rheinischen Kirche hinaus — diskutiert wird. Einer der Gründe dafür mag darin bestehen, daß hier jüdisches Selbstverständnis ernst genommen wurde, ohne daß die Protestanten ihr Bekenntnis zu „Jesus Christus, dem Juden“, verschwiegen hätten. Manches in dieser Erklärung ist in dieser Weise vorher schon von vielen Einzelnen, nicht aber von einer Landeskirche gesagt worden: „Die Einsicht, daß die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volke sind.“ Ein anderer Passus, der Aufsehen und Kritik erregt hat, lautet: „Wir glauben, daß Juden und Christen je in ihrer Berufung Zeugen Gottes vor der Welt und voreinander sind; darum sind wir überzeugt, daß die Kirche ihr Zeugnis dem jüdischen Volk gegenüber nicht wie ihre Mission an die Völkerwelt wahrnehmen kann.“

Für jüdische Ohren ist ein solcher Text eigentlich selbstverständlich und weitgehend unproblematisch. Für manche Christen, die noch nicht einem, wenn auch gelegentlich getarnten Proselytismus abgeschworen haben und für sich und ihre Kirche einen totalitären Anspruch anmelden, scheint hier Unerhörtes ausgedrückt worden zu sein. Offenbar ist die Tatsache, daß auch die ungetauften Juden

„Zeugen Gottes vor der Welt sind“, ein Skandalon, mit dem manche Christen erst fertig werden müssen. Im übrigen hat sich der Widerspruch gegen diesen Synodalbeschluß vor allem dort erhoben, wo man mit Juden in keinerlei Kontakt steht, sondern nur abstrakt über sie spricht. Daher ist es charakteristisch, daß sowohl das Arbeitspapier des Zentralkomitees als auch der Synodalbeschluß — die beide unter Mitarbeit von Juden zustande kamen — einen lebendigen Bezug auf die heutigen Juden haben. Man spricht dort zu ihnen und nicht abstrakt über sie. Allein mit spitzfindiger professoraler Exegetik und salbadernder pfarrherrlicher Predigt wird man lebendigen Menschen aus Fleisch und Blut nicht gerecht. Sie lassen sich nicht in eine starre Dogmatik zerren.

In jedem Falle ist es erfreulich, daß über diese Erklärung der Rheinischen Kirche seit vielen Monaten diskutiert wird. Das kontinuierliche Gespräch darüber ist bereits der schönste Erfolg für das jahrelange Bemühen der Rheinischen Synode. Es bleibt eine interessante Tatsache, daß von allen Erklärungen über die Juden diejenige der rheinischen Landeskirche am intensivsten aufgenommen worden ist, selbst wenn teilweise herbe Kritik laut wurde.

In diesem Zusammenhang der in der Bundesrepublik in den letzten Jahren veröffentlichten Texte und mit den an sie geknüpften Auseinandersetzungen muß auch die Rede Papst Johannes Paul II. gesehen werden, die er zu den Vertretern der Juden in Mainz am 17. November 1980 gesprochen hat.

Diese Rede hat deshalb besondere Bedeutung, weil in ihr Gedanken zum Ausdruck kommen, die in dieser Weise noch von keinem Papst formuliert worden sind. Daher verdienen es diese Ausführungen, daß man sie besonders hervorhebt und ins Bewußtsein aller Christen ruft. Nachdem der Papst die erfreuliche Entwicklung in den christlich-jüdischen Beziehungen in der Bundesrepublik erwähnt, auf den wohlwollenden Dialog und die vertrauensvolle Zusammenarbeit hinweist, spricht er auch über die jüngste Vergangenheit in einem bedeutsamen Zusammenhang. Er stellt nämlich fest, eine falsche religiöse Sicht des jüdischen Volkes habe „die Verkenning und Verfolgung im Laufe der Geschichte“ zum Teil mitverursacht. Die Judenfeindschaft hat also nicht nur soziologische oder rassistische Ursachen, sondern ist auch Folge einer Pseudo-Theologie.

Sodann stellt der Papst lapidar fest, Gott habe den Bund mit dem Gottesvolk nie gekündigt. So schreibt es der Apostel Paulus im Römerbrief (11,29). Paulus spricht hier vom Bleiben der Gnade Gottes über Israel. Schon die Kirchenväter vermochten nicht, diese Worte stehen zu lassen, und in ihrer Tradition versuchen auch heute noch manche ängstlichen und skrupulösen Dogmatiker, hier der jüdischen Dignität abträgliche Einschränkungen anzubringen. Davon weiß sich der Papst frei! Der Bund wurde Israel nie gekündigt, so steht es beim Apostel Paulus — und so nimmt der Papst es auf. Für das Verhältnis des Alten zum Neuen Testament findet der Papst eine originelle Formulierung: Alter und Neuer Bund stehen in einem Dialog *innerhalb* der Kirche, es handelt sich um zwei Teile der einen Bibel. Dieser Gedanke vom Dialog der beiden Bünde in der Kirche verbietet eine Abwertung des Alten Bundes, wie dies gelegentlich selbst heute noch durch manche Theologen erfolgt. Dabei pflegt man sich auf gewisse Stellen aus dem Neuen Testament zu berufen (Hebr. 8,13), die aber offenbar dem Papst heute nicht mehr relevant erscheinen, weil er andere Aussagen der Bibel für wesentlicher hält. Im übrigen kann der Papst sich bei seiner Interpretation auf die zur Konzilserklärung „Nostra aetate“ erlassenen Richtlinien berufen.

Schließlich bekennt sich der Papst zu einem Dialog zwischen Mitgliedern der Kirche sowie des jüdischen Volkes. Es geht darum, auch das

Selbstverständnis und die religiöse Wirklichkeit der Juden besser kennenzulernen. Daß nun der Papst selber hier Ernst macht, und nicht von anderen fordert, was er nicht beispielhaft vollzieht, kommt im folgenden zum Ausdruck: „Gern bete ich mit Ihnen um die Fülle des Schalom für alle Ihre Volks- und Glaubensbrüder und auch für das Land, auf das alle Juden mit besonderer Verehrung blicken ... Möchten bald alle Völker in Jerusalem versöhnt und in Abraham gesegnet sein!“ Mit diesem Hinweis auf das Land Israel und die Stadt Jerusalem hat der Papst natürlich keine politische Erklärung abgegeben; er hat aber damit gezeigt, daß er gewillt ist, das, was Juden denken und fühlen, ernst zu nehmen und nicht vornehm darüber zu schweigen, weil andere es ihm vielleicht falsch auslegen könnten.

Diese Papstrede rundet die verschiedenen Erklärungen der letzten beiden Jahre in harmonischer Weise ab. Wir können daher die Hoffnung wagen, alle die vielen Erklärungen aus der letzten Zeit mögen dazu dienen, Juden und Christen ein wenig näher zu bringen. Mögen sie bei den einen dazu beitragen, das Mißtrauen gegen den nichtjüdischen Mitbürger abzubauen, bei den anderen dafür zu sorgen, daß der Begriff der „Judenfeindschaft“ oder des „Antisemitismus“ ein Fremdwort wenigstens im Bereiche der christlichen Kirchen wird. Gerade diese Papstrede zu den Vertretern der Juden in Deutschland hat dazu einen Beitrag geleistet, den man nicht vergessen sollte.

Die Begegnung Papst Johannes Paul II. mit Juden in Deutschland

Unter den Reden, die Papst Johannes Paul II. während seines Deutschlandbesuches gehalten hat, hat seine Ansprache an die Vertreter der Juden in den Medien leider nur eine geringe Resonanz gefunden. Zu Unrecht, wir mir scheint! Handelt es sich doch um eine wegweisende Rede, die sehr wohl einen Ehrenplatz innerhalb der Anstrengungen verdient, die unternommen wurden, die ökumenischen Begegnungen zu vertiefen. Freilich, ob eine ökumenische Begegnung mit den Juden möglich ist, ist von diesen selbst nicht selten bezweifelt worden. Dabei hat die Furcht eine Rolle gespielt, daß Ökumene nur ein Euphemismus sei für Mission, daß das Ziel doch die Vereinnahmung für den christlichen Glauben sein müsse. Dies ist zwar an sich ein Mißverständnis, denn Ökumene setzt Partnerschaft voraus, ein Gespräch zwischen Gleichberechtigten. Jeder Versuch, den anderen für sich einzuvernehmen, ist daher der Ökumene nicht nur fremd, sondern geradezu feindlich, schließt die ökumenische Begegnung aus.

Gleichwohl sind die Traumata auf jüdischer Seite nur zu gut zu verstehen. Eine lange Geschichte der Unterdrückung spielt hier eine Rolle. Wirkliche Glaubensgespräche, bei denen Juden und Christen gleichwertige Partner waren, hat es nur selten gegeben. Die meisten Religionsgespräche, vor allem die mittelalterlichen, waren tatsächlich nur Teil der Judenmission. Sie wurden mit dem ausdrücklichen Zweck geführt, die Gesprächspartner ihres Irrtums zu überführen. Die Erinnerung an derartige Religionsgespräche ist so leidvoll, daß die ökumenische Begegnung vielen Juden bis heute als höchst problematisch erscheinen mußte. Dennoch hat es nicht an Versuchen dazu gefehlt; auch Juden haben insbesondere bei den nach dem Zweiten Weltkrieg zustande gekommenen Gesprächen — trotz aller Schwierigkeiten — einen nicht unwesentlichen Anteil an ihrem Gelingen gehabt.

Nun gibt es jedoch nicht nur psychologische Hindernisse für eine Begegnung, sondern auch theologische. Wenn Christen sich auch in verschiedenen Konfessionen bzw. Konfessionsgemeinschaften befinden, deren Glaubensverständnis oft weit auseinandergeht, so

wissen sie sich dennoch im Bekenntnis zu Jesus dem Christus eins. Was allerdings das Christusbekenntnis genau beinhaltet, ist keineswegs unumstritten. Die Christologien können sehr verschieden aussehen. Aber daß Jesus der Christus ist, daran besteht kein Zweifel. Dieses Bekenntnis unterscheidet die Christen grundlegend von Juden und Moslems. In gewisser Weise scheinen sie den Moslems sogar näher zu stehen als den Juden; denn für den Islam steht fest, daß Jesus, auch wenn er nicht der Christus ist, dennoch zu den großen Propheten gerechnet werden muß. Die Worte, die ein Moslem finden kann, Jesus als Propheten zu ehren, sind tief und ergreifend. Hier wird bei aller Glaubensverschiedenheit doch ein Gemeinsames spürbar. Für einen Juden kann Jesus aber auch kein Prophet sein. Es geht also nicht nur darum, daß Jesus die Christuswürde bestritten wird, weil der Christusglaube im Widerspruch zur Unbedingtheit des Glaubens an den einen Gott zu stehen scheint, sondern in jüdischen Augen kann Jesus auch der Messias nicht sein, weil die messianische Person nicht von der messianischen Zeit zu trennen ist. Diese ist aber eine Zeit des sichtbaren Gottesfriedens. Jesus ist kein Prophet, weil die Zeit der Propheten längst abgeschlossen war.

Nach den Worten eines der jüdischen Schriftsteller, die sich um die Heimholung der Person Jesu bemühen, des aus München stammenden und in Jerusalem lebenden Schalom Ben Chorin, ist er einer der großen Gescheiterten der jüdischen Glaubensgeschichte. Doch auch diese sind notwendig. Schalom Ben Chorin stellt Jesus auf eine Linie mit Rabbi Akiba, der mit seinem Einsatz für Bar Kochba, den Führer des Aufstandes gegen Kaiser Hadrian, zwar scheitern sollte, gleichwohl aber zu den Großen des Judentums gerechnet wird — einer der bedeutendsten Märtyrer der hadrianischen Verfolgung, einer der großen Lehrer des Judentums. Daß auf Jesus nicht verzichtet werden kann, ist heute Überzeugung vieler jüdischer Gelehrter und Dichter. Heimholung ins Judentum ist daher ein Stichwort, das in manchen jüdischen Publikationen auftaucht. Martin Buber sah in Jesus seinen großen Bruder, ähnlich urteilt Schalom Ben Chorin.

Die Erklärung der deutschen Bischöfe über das Verhältnis der Kirche zum Judentum vom 28. April 1980 fühlt sich durch die Aussage beider Autoren, die sich zum Judesein Jesu bekennen, zu der eigenen Aussage ermutigt: „Wer Jesus Christus begegnet, begegnet dem Judentum.“ Sie unterstreicht nicht nur, daß Jesus seiner Herkunft nach Jude war, sondern betont, daß „Jesus Christus von seiner jüdischen Herkunft her ein reiches geistliches Erbe aus den religiösen Überlieferungen seines Volkes in die christliche Völkerwelt mit eingebracht hat“, und folgert daraus, „daß der Christ dauernd... aus diesem Erbe schöpft“. Papst Johannes Paul II. knüpft an diese Aussage der Bischöfe der Bundesrepublik Deutschland an, um zu betonen, daß „wenn sich die Christen als Brüder aller Menschen verstehen und sich auch danach verhalten sollen, um wieviel mehr gilt dann diese heilige Verpflichtung, wenn sie Angehörigen des jüdischen Volkes gegenüberstehen!“ Trotz der so verschiedenen Deutung der Gestalt Jesu ist es also gerade diese, die Juden und Christen miteinander verbindet. Man kann nicht Jesus kennenlernen wollen, ohne sich auf das Judentum einzulassen. Wer Jesus liebt, muß den Weg zum Juden finden. Diese Wahrheit war lange genug vergessen; sie muß heute noch neu entdeckt werden.

Daß Juden und Christen zusammengehören, war Überzeugung bereits der Apostel. Nach dem Verständnis insbesondere des Apostel Paulus kann Kirche niemals anders sein als aus Juden und Heiden. Freilich, im Laufe der Kirchengeschichte ist aus dem Miteinander von Menschen, die aus den Juden und den Heiden kommen, um das eine Gottesvolk zu bilden, ein Nacheinander der Berufenen aus dem Judentum und aus dem Heidentum geworden. Erst in unserer Zeit lernt man wieder wirklich begreifen, daß der Jude als Gesprächspartner auch für das Gespräch der Christen untereinander nicht fehlen darf, daß dieses auf einer zu schmalen Basis angelegt ist, wenn der Jude als Gesprächspartner ausgeschlossen bleibt. Das Plädoyer für die größere Ökumene hat für den Christen den Sinn, daß sein Selbstverständnis dadurch ganz anders akzentuiert wird. Das gleiche muß aber nicht unbedingt auch für den Juden gelten. Für ihn spielt eine entscheidende Rolle die schmerzliche Erfahrung, die das Leben in einer christlich bestimmten Umwelt bedeutete: die Geschichte der Verfolgungen. Ökumenisches Gespräch ist für ihn nur möglich, wenn die Geschichte dieser Verfolgungen nicht vergessen wird, wenn sie mit bedacht wird, wenn

sie Anlaß wird zur Umkehr. Diese kann aber nie statthaben ohne das Eingeständnis der Schuld der Christen.

Bereits die Fuldaer Bischofskonferenz erklärte bei ihrer ersten Zusammenkunft nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahre 1945: „Viele Deutsche, auch aus unseren Reihen, haben sich von den falschen Lehren des Nationalsozialismus betören lassen, sind bei den Verbrechen gegen menschliche Freiheit und menschliche Würde gleichgültig geblieben; viele leisteten durch ihre Haltung dem Verbrechen Vorschub, viele sind selber Verbrecher geworden. Schwere Verantwortung trifft jene, die auf Grund ihrer Stellung wissen konnten, was bei uns vorgeht, die durch ihren Einfluß solche Verbrechen hätten verhindern können und es nicht getan haben, ja diese Verbrechen ermöglicht und sich dadurch mit den Verbrechern solidarisch erklärt haben.“

In ihrer Erklärung über das Verhältnis der Kirche zum Judentum vom 28. April 1980 erinnern die deutschen Bischöfe an dieses erste Schuldbekennnis von 1945. Darüber hinausgehend gestehen sie ein, daß es auch unter Christen noch immer einen mehr oder weniger weiterlebenden Antisemitismus gibt. Ihn zu überwinden, ist eine wichtige Aufgabe. Die deutschen Bischöfe fordern das „immerwährende Gebet für die Millionen im Laufe der Geschichte ermordeten Juden und die ständige Bitte an Gott um Vergebung des vielfachen Versagens und der zahlreichen Versäumnisse, deren sich Christen in ihrem Verhalten den Juden gegenüber schuldig gemacht haben.“

Das geht nun weit über das hinaus, was nach dem Zweiten Weltkrieg bekannt wurde. Das hat nicht zuletzt seinen Grund darin, daß man sich einerseits selbst vom nationalsozialistischen Regime verfolgt wußte, andererseits aber noch nicht genügend reflektiert hatte, daß die Verfolgung der Juden durch das Dritte Reich eine lange Vorgeschichte auch der christlichen Mitschuld hat. Kritische Stimmen erinnerten daran, welche verhängnisvolle Wirkung eine einseitige und falsche Verkündigung ausübt: Ein Judentum, das die dunkle Folie für die Herrlichkeit der Botschaft von Christi Tod und Auferstehung abgeben muß, erscheint unter so negativem Aspekt, daß die Gefahr der Diskriminierung und Verfolgung stets zumindest latent gegeben ist und oft genug zur Wirklichkeit wird. Schon die Seelberger Thesen von 1947 haben den Anteil unterstrichen, den eine solche verhängnisvolle Verkündigung an den Judenverfolgungen hat.

1980 hatten die deutschen Bischöfe diese und ähnliche Erwägungen vor Augen, wenn sie so nachdrücklich auf das vielfache Versagen der Christen gegenüber den Juden aufmerksam machten. Sie bitten darum ausdrücklich „unsere jüdischen Brüder um Verzeihung“. Sie nahmen damit auch Gedanken wieder auf, die sich ebenfalls in der Erklärung der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland vom 22. November 1975 finden, und zwar innerhalb des Textes „Unsere Hoffnung. Ein Bekenntnis zum Glauben dieser Zeit“. Darin heißt es: „Wir sind das Land, dessen jüngste politische Geschichte von dem Versuch verfinstert ist, das jüdische Volk systematisch auszurotten. Und wir waren in dieser Zeit des Nationalsozialismus, trotz beispielhaften Verhaltens einzelner Personen und Gruppen, aufs Ganze gesehen doch eine kirchliche Gemeinschaft, die zu sehr mit dem Rücken zum Schicksal dieses verfolgten jüdischen Volkes weiterlebte, deren Blick sich zu stark von der Bedrohung ihrer eigenen Institutionen fixieren ließ und die zu den an Juden und Judentum verübten Verbrechen geschwiegen hat. Viele sind dabei aus nackter Lebensangst schuldig geworden. Daß Christen sogar bei dieser Verfolgung mitgewirkt haben, bedrückt uns besonders schwer. Die praktische Redlichkeit unseres Erneuerungswillens hängt auch an dem Eingeständnis dieser Schuld und an der Bereitschaft, aus dieser Schuldgeschichte unseres Landes und auch unserer Kirche schmerzlich zu lernen.“

Nicht in allen Ländern ist dieses Schuldbewußtsein so stark ausgeprägt, kann es auch gar nicht sein; denn es gibt genügend Länder, in denen nur wenige Juden leben oder in denen Judenverfolgungen keine, jedenfalls keine unseren Erfahrungen vergleichbare Rolle gespielt haben. Daher mag es kommen, daß in der Erklärung des Zweiten Vatikanischen Konzils über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen kein ausdrückliches Schuldbekenntnis zu finden ist. Wohl verwirft auch diese Erklärung ausdrücklich jede Diskriminierung eines Menschen um seiner Rasse, Farbe, seines Standes oder seiner Religion willen. Vielfach war bedauert worden, daß das Zweite Vatikanische Konzil keine deutlicheren Worte gefunden hatte. Die Vatikanischen Richtlinien und Hinweise für die Durchführung der Konzilerklärung vom Jahre 1974 hatten diesen Beschwerden schon in etwa Rechnung getragen.

Papst Johannes Paul II. weiß ebenfalls um die Schuld der Christen gegenüber den Juden. Er

hat darauf mit deutlichen Worten aufmerksam gemacht. Dafür zeugt auch seine Ansprache in Mainz. In ihr heißt es: „Die konkreten brüderlichen Beziehungen zwischen Juden und Katholiken in Deutschland bekommen einen ganz besonderen Wert vor dem dunklen Hintergrund der Verfolgung und versuchten Ausrottung des Judentums in diesem Lande.“ Der Papst erinnert freilich im gleichen Zusammenhang auch an die Zeugnisse der Solidarität.

Die Geschichte der jüdisch-christlichen Beziehung weist manches dunkle Kapitel auf. Eine nicht geringe Rolle bei den Konflikten spielten dabei die Konvertiten. Immer wieder gab es Konvertiten, die nach ihrem Glaubenswechsel zu erbitterten Gegnern der Juden wurden. Gewiß gilt das nun keineswegs für alle; es gibt auch genügend Gegenbeispiele. Gleichwohl lassen sich die bösen Erinnerungen nicht so schnell bannen. Um so notwendiger ist es, auf die Zeichen der Solidarität hinzuweisen. Für die Nationalsozialisten war es übrigens gleichgültig, ob jemand gläubiger oder nichtgläubiger Jude war. Für sie zählte allein die rassische Herkunft. Eine Konversion zum christlichen Glauben rettete daher noch nicht vor der Verfolgung durch das Dritte Reich. Nur die Emigration aus Deutschland und sogar aus dem gesamten Machtbereich des Dritten Reiches während der Kriegsjahre konnte vor der todbringenden Verfolgung bewahren. Es gab Konvertiten, die sich darüber völlig klar waren und die bereit waren, das Schicksal derer voll und ganz zu teilen, von denen sie selbst herkamen.

So hat Edith Stein, mit ihrem Ordensnamen Theresia Benedikta a Cruce, sich stets zu ihrem Judesein bekannt. Die beste Antwort auf die antisemitischen Diffamierungen schien ihr das Lebenszeugnis zu sein. Sie hat ihre Jugenderinnerungen verfaßt in der Absicht, das Leben einer jüdischen Familie ganz schlicht zu schildern, um zu zeigen, worauf es eigentlich ankam. Sie hat ihr Leben Gott als Sühneopfer angeboten, um dadurch zur Versöhnung von Juden und Christen beizutragen. Papst Johannes Paul II. steht dieser großen Karmelitin nahe, die 1942 in den Gaskammern von Auschwitz ihr Leben verhaucht hat. Ihm, dem als Pole Auschwitz als Ort der Verfolgung stets vor Augen steht, war es immer wichtig, nicht nur der verfolgten Polen zu gedenken, sondern auch der Juden und unter ihnen ganz besonders Edith Steins. Auch in seiner Mainzer Rede hat Papst Johannes Paul II. auf die Zeichen der Solidarität hingewiesen und dabei ausdrücklich an Edith Stein erinnert: „In die-

sem Geist haben sich auch Christen während der Verfolgung oft unter Lebensgefahr eingesetzt, die Leiden ihrer jüdischen Brüder zu verhindern oder zu lindern. Ihnen möchte ich in dieser Stunde Anerkennung und Dank aussprechen. Ebenso jenen, die als Christen in der Bejahung ihrer Zugehörigkeit zum Volk der Juden den Leidensweg ihrer Brüder und Schwestern bis zum Ende mitgegangen sind — wie die große Edith Stein."

Voraussetzung für ein partnerschaftliches Gespräch zwischen Juden und Christen ist jedoch nicht nur das Bedenken der christlichen Schuld oder Mitschuld an der Verfolgung. Nicht weniger notwendig ist es, daß der Gesprächspartner in seiner jeweiligen Eigenart auch wirklich zu Wort kommt. Diese an sich so selbstverständliche Forderung ist im christlich-jüdischen Dialog, oder sagen wir besser in den Einladungen zu einem solchen Dialog, allzu lange vernachlässigt worden. Allzu lange glaubten Christen, Altes Testament und Judentum einfach gleichsetzen zu können, und ließen so die Glaubensgeschichte des Judentums außer acht. Oder, wenn sie von Juden sprachen, dann konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich dabei nicht um reale Menschen, sondern um Konstrukte handelte.

Zwar hatten auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil bereits einige Bischöfe den Dialog mit den heute lebenden Juden gefordert und dabei auf die Werte heutiger jüdischer Frömmigkeit aufmerksam gemacht. Zwar hatte gerade der Straßburger Erzbischof Arthur Leo Elchinger auf die beglückenden Begegnungen mit der jüdischen Gemeinde in Straßburg hingewiesen. Dennoch war die Überzeugung tief verwurzelt, daß man aus christlicher Sicht das rechte Verständnis des Judentums habe, so daß sich dies auch der Konzilerklärung „Nostra aetate" mitteilte. Während nämlich die übrigen nicht-christlichen Religionen in dieser Erklärung nach ihrem Selbstverständnis beschrieben werden, kommt dieses Prinzip bei der Schilderung des Judentums nicht zu Geltung. Hier argumentiert die Erklärung aus dem Vorverständnis, das die Konzilsväter vom Judentum hatten. Dies wurde jüdischerseits, aber nicht nur von Juden allein, als Mangel erkannt und beklagt. Die Richtlinien von 1974 versuchten bereits eine erste Korrektur. Es kann allerdings nicht überraschen, daß hier immer noch ein Lernprozeß notwendig ist. Zu lange hatte sich die christliche Theologie an der jüdischen Glaubensgeschichte nach dem Untergang Jerusalems im Jahre 70 n. Chr. uninteressiert ge-

zeigt. Nur so konnte in der Neuzeit der Begriff „Spätjudentum" entwickelt und auf das Judentum nach dem Exil bis zur Zeit Jesu bezogen werden. Erst neuerdings beginnt sich die Sicht durchzusetzen, die diese Zeit als die des Frühjudentums begreift. Insbesondere hat sich hier der in Wien lebende und wirkende katholische Professor für Judaistik, Kurt Schubert, große Verdienste erworben. Immer wieder hat er darauf hingewiesen, daß die Bezeichnung „Spätjudentum" unangemessen ist, wenn sie für die Zeit nach dem Exil bis zur Zerstörung Jerusalems durch Titus und zur Zeit der Entstehung von Mischna und Talmud verwendet wird. In Wahrheit bildete sich damals erst das Judentum in seiner Eigenart heraus.

Daß diese Hinweise inzwischen auf fruchtbaren Boden gefallen sind, verraten die neueren kirchlichen Stellungnahmen. So ist es bemerkenswert, daß die Erklärung der deutschen Bischöfe vom 28. April 1980 wiederholt auf jüdische Quellen eingeht, dabei auch Texte des Talmud zitiert. Hier wird das Bewußtsein artikuliert, daß das jüdische Erbe sich nicht auf die Bibel beschränkt, sondern daß es auch lebendig ist in den späteren Zeugnissen. Das Hinhorchen auf jüdische Stimmen ist ein Zeichen einer Neubesinnung und eines Umdenkens. Auch Papst Johannes Paul II. läßt sich auf dieses Experiment ein. Er begrüßt nicht nur die Aktivitäten eines Gespräches, erinnert in seiner Ansprache in Mainz an die Tagung des Internationalen Verbindungskomitees zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Judentum 1979 in Regensburg, sondern zeigt sich auch persönlich aufgeschlossen für die Anregungen, die ihm aus der Begegnung mit Juden zuwachsen.

Das Internationale Verbindungskomitee ist übrigens entstanden im Zusammenhang mit der Herausgabe der Vatikanischen Richtlinien und Hinweise zur Erklärung „Nostra aetate". Juden, die für die großen Organisationen sprechen, sind darin eingeladen, mit Vertretern des Einheitssekretariates über alle Fragen zu verhandeln, die das Verhältnis der Kirche zum Judentum belasten. Erstmals 1979 fand eine solche Tagung auf deutschem Boden statt. Regensburg wurde als ihr Ort gewählt, weil der Regensburger Weihbischof Karl Flügel der Leiter der Arbeitsgruppe für Fragen des Judentums der Ökumene-Kommission der deutschen Bischofskonferenz ist. Das Regensburger Gespräch machte allen Teilnehmern spürbar, wie groß die Sorge jüdischerseits ist, ob der Antisemitismus in Deutschland wirklich überwunden ist. Die Anzeichen für Neonazis-

mus in der Bundesrepublik werden daher sehr sorgfältig registriert. Andererseits waren jedoch die jüdischen Teilnehmer an dem Regensburger Gespräch tief beeindruckt von der Vielfalt der Bemühungen um einen fruchtbaren Dialog von Juden und Christen.

Papst Johannes Paul II. hat mit seiner Erwähnung des Regensburger Treffens gerade dies registrieren wollen. Er sieht diese Bemühungen im Zusammenhang mit ähnlichem. So ist seiner Aufmerksamkeit nicht entgangen, daß dieses Thema auch auf dem Katholikentag 1980 eine nicht geringe Rolle gespielt hat. Wie sehr er sich selbst als ein vom Judentum Lernender weiß, verrät inzwischen seine Enzyklika „Dives in Misericordia“ vom 30. November 1980. In ihr geht er auf die Bedeutung ein, die der Begriff des Erbarmens bereits im Alten Testament hat. Er fragt nach den Urworten, und stellt fest, daß es für den Begriff Erbarmen im Alten Testament zwei Worte gibt: „*chesed*“, das eine tief verwurzelte Haltung von Güte beinhaltet, und „*rachamim*“, in dem das Erbarmen von der Mutterliebe her bestimmt wird. In einer langen Anmerkung geht der Papst auf den jeweiligen Wortsinn ein. Zu *rachamim* verweist er auf die Verbundenheit, ja Einheit der Mutter mit dem Kind, aus der eine ganz besondere Beziehung zu ihm entspringt, die sich ausdrückt in Güte und Zärtlichkeit, Geduld und Verständnis. So hat Erbarmen im Judentum einen zweifachen Aspekt, einen männlichen und einen weiblichen: *chesed* betont den mehr männlichen, die Treue zu sich selbst, *rachamim* den weiblichen, den „Zwang“ des Herzens. Der Papst erinnert an das schöne Wort des Propheten Jesaja: „Kann denn eine Frau ihr Kind vergessen, eine Mutter ihren eigenen Sohn? Und selbst, wenn sie ihr Kind vergessen würde: Ich vergesse dich nicht!“

Mit der Betonung des Erbarmens, für das bereits das Alte Testament so beredte Worte findet, wirkt der Papst dem Vorurteil entgegen, daß das Judentum eine Religion des Gesetzes sei, daß im Alten Testament allein die Botschaft von der Gerechtigkeit verkündet werde, während das Neue Testament erst die Botschaft der Liebe gebracht hätte. Der Papst unterstreicht vielmehr, daß Gerechtigkeit und Liebe, Gerechtigkeit und Erbarmen schon im Alten Testament zusammengehören, daß Erbarmen noch größer ist als die Gerechtigkeit. Der Botschaft von dem Heil durch Jesus nimmt dabei der Papst nichts — im Gegenteil: Liebe und Erbarmen Jesu setzen fort und vertiefen, was schon in den Tagen des Alten Bundes den Menschen als Heil angeboten wird.

Daraus ergibt sich, daß der jüdisch-christliche Dialog für den Papst, wie er in seiner Mainzer Ansprache betont hat, „zugleich ein Dialog innerhalb unserer Kirche ist, gleichsam zwischen dem ersten und dem zweiten Teil ihrer Bibel“. Diese Dimension allein wäre ihm freilich zu wenig. Die zweite Dimension ist für ihn die eigentliche, zentrale: „Die Begegnung zwischen den heutigen christlichen Kirchen und dem heutigen Volk des mit Mose geschlossenen Bundes.“ In Erinnerung an die vorausgehenden Vatikanischen Erklärungen und die Worte der deutschen Bischöfe fordert der Papst in seiner Mainzer Ansprache zu einem taktvollen, behutsam geführten Dialog auf, der den Katholiken, und nicht nur ihnen, sondern allen Christen, die religiöse Tradition des Judentums erschließt. Eindringlich beschließt er diesen Absatz seiner Rede: „Es ist mein dringender Wunsch, daß diese Erklärung geistiges Gut aller Katholiken in Deutschland werde!“

Doch gibt es für ihn noch eine dritte Dimension des Dialogs: Juden und Christen sollen zusammenarbeiten zur Gewinnung des Friedens. Auch hier beruft sich der Papst auf die vorausgehende Erklärung der deutschen Bischöfe. In ihr heißt es: „Christen und Juden sollen und können gemeinsam eintreten für das, was in der hebräischen Sprache Schalom heißt. Dies ist ein umfassender Begriff, der Frieden, Freude, Freiheit, Versöhnung, Gemeinschaft, Harmonie, Gerechtigkeit, Wahrheit, Kommunikation, Menschlichkeit bedeutet. Schalom ist dann in der Welt Wirklichkeit, wenn alle Beziehungen untereinander endlich in Ordnung sind, die Beziehungen zwischen Gott und Mensch und von Mensch zu Mensch. Es darf kein völkisch beschränktes Friedensideal mehr geben. Gott will keine eisernen Vorhänge!“ Diese Worte der deutschen Bischöfe waren dem Papst aus dem Herzen gesprochen, denn unermüdlich appelliert er an den Friedenswillen der Völker. Seine große Sorge ist es, daß erneut die großen Konflikte aufbrechen, daß abermals die Menschheit in einem völkervernichtenden Krieg sich zerfleischt. Darum appellierte er auch jetzt wieder an die Friedensbereitschaft.

Bemerkenswert ist im Schlußabschnitt seiner Mainzer Ansprache der Satz: „Gern bete ich mit Ihnen (den Vertretern der Juden in Deutschland) um die Fülle des Schalom für alle ihre Volks- und Glaubensbrüder und auch für das Land, auf das alle Juden mit Verehrung blicken.“ Die Konzilserklärung „*Nostra aetate*“ hatte das Israelthema ganz ausgeklammert. Dabei hatte eine nicht geringe Rolle die Tatsa-

che gespielt, daß die Christen in der arabischen Welt eine Minderheit darstellen, daß sie nicht zuletzt aus dem Bestreben, ihre nationale Identität zu wahren, vielfach arabischnationalistisch denken. Nicht zuletzt die Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit der arabischen Christen im Nahen Osten ließ die Konzilsväter Abstand nehmen von einem Hinweis auf die Beziehung der Juden zum Land ihrer Väter. Sachlich gerechtfertigt erschien dies insofern, als die Erklärung „Nostra aetate“ rein religiös verstanden werden sollte, d. h. nicht politisch.

Nun sind allerdings Theologie und Politik nur schwer voneinander zu trennen. Theologische Thesen haben, ob man sich dies eingesteht oder nicht, auch ihre politischen Konsequenzen. Der Versuch der Unterscheidung kann daher niemals zu einem wirklich befriedigenden Ergebnis führen. Die Probe aufs Exempel konnte bereits 1967 gemacht werden, d. h. wenig später als das Zweite Vatikanische Konzil geendet hatte. Damals beschwor Ägyptens Staatspräsident Nasser eine Krise herauf, die den Sechstagekrieg 1967 verschuldete. Damals fühlten sich die Juden in aller Welt, also nicht nur in Israel, von den Christen alleingelassen. Sie konnten es nicht verstehen, daß schon sobald nach dem Konzil, das Hoffnungen auf einen fruchtbaren Dialog erweckt hatte, ein derartiger Rückschlag eintrat. Sie konnten es nicht verstehen, daß Christen, daß vor allem die Kirchenleitungen nicht einsehen wollten, wie eng die Verbundenheit der Juden auch der Diaspora mit dem Staat Israel ist. Das Ausbleiben offizieller Stellungnahmen wurde von vielen Juden als ein Indiz dafür gewertet, daß sich das Schweigen, das einst gegenüber der Vernichtung herrschte, sich nun wiederholen sollte. Manche glaubten, das Gespräch risse nun endgültig ab. Bald trat freilich schon wieder eine gewisse Beruhigung ein; die Gespräche wurden doch fortgesetzt, dennoch blieb das Wissen um Gefährdung.

Vergeblich war der Wunsch des Dominikaners Piere de Contenson, des damaligen Leiters des Büros für katholisch-jüdische Beziehungen beim Vatikanischen Einheitssekretariat, daß in den Richtlinien und Hinweisen zur Konzils Erklärung

Israel mitberücksichtigt würde. Nicht einmal in der Einleitung zu den Hinweisen und Richtlinien konnte ein Hinweis auf Israel stehenbleiben. Auf katholischer Seite hatte erst 1973 die Erklärung des Komitees der französischen Bischofskonferenz über die Haltung der Christen gegenüber dem Judentum die Bedeutung unterstrichen, die der Staat Israel für die Juden hat. Aber so vorsichtig auch der Hinweis war, so heftig waren die Reaktionen darauf. Vielleicht war es gerade diese Heftigkeit, die Papst Paul VI. dazu veranlaßte, auf die Streichung jeden Hinweises auf Israel in den Richtlinien und sogar in der Einleitung zu ihnen zu drängen. Auch in der Erklärung der deutschen Bischöfe vom 28. April 1980 kann man nur sehr versteckte Hinweise auf das Israelthema finden. Noch immer ist die Sorge vor Mißverständnissen groß. Auf evangelischer Seite tat man sich da leichter. Allerdings hat die wichtigste Aussage, nämlich der von der Evangelischen Kirche in Deutschland 1975 verabschiedete Text „Christen und Juden“, lediglich den Charakter einer Studie, nicht den einer autoritativen Erklärung. In dieser Situation kommt dem Wort des Papstes in seiner Mainzer Rede eine besondere Bedeutung zu. In ihm artikuliert sich das Verständnis für die Empfindungen und Gefühle der Juden. Hier wird die Verbundenheit der Juden auch der Diaspora mit dem Land Israel ernst genommen. Das bedeutet keine Verkürzung der Rechte der arabischen Bevölkerung des gleichen Landes. Eben darum ist der Friedensappell so eindringlich. Die Versöhnung von Juden und Arabern in Israel wäre ein Zeichen der Hoffnung für die Verwirklichung des Schalom auf der ganzen Erde. Gerade indem der Papst solche Hinweise gab, ermutigte er das christlich-jüdische Gespräch in der Bundesrepublik. Es hat in den letzten Jahrzehnten beachtliche Fortschritte gemacht. Gleichwohl bleibt genügend zu tun übrig. Vor allem ist der Weg noch immer weit, der von den Studienzentren und den engeren Gesprächskreisen in eine breitere Öffentlichkeit führt. Daß es hier aber nicht um die Laune oder Liebhaberei von einigen Enthusiasten geht, sondern um die Sache aller Christen — das war es, was die Ansprache des Papstes in Mainz unterstreichen wollte.

Jüdische Jugend im Untergrund

Eine zionistische Gruppe in Berlin während des Zweiten Weltkrieges

Berlin – im Herbst 1941

Der Sommer ist vorüber, das letzte Fest der Herbstfeiertage geht zu Ende, das Fest der Gesetzesfreude. In der Dämmerstunde, bevor zwischen Fest- und Werktag unterschieden wird, versammeln sich die etwa hundert Jungen und Mädels der Jugend-Alijah-Schule in ihrem Zimmer im Schulhaus in der Artilleriestraße. Der Raum ist festlich geschmückt, denn der Feiertag soll durch einen Festgottesdienst verabschiedet werden. Wir sitzen im Halbkreis um einen kleinen Tisch mit Kerzen und beginnen — wie üblich — singend die Feier: „Hineh, hineh mah tow u-mah najim, she-weth achim gam jachad...“ (Wie schön und herrlich ist es, wenn wir wie Brüder zusammensitzen). So singen wir glücklich den Vers aus dem Psalmwort. Denn wenn auch schon längst Schweres und Tragisches über diese Kinder und ihre Familien hereingebrochen ist, verursacht durch die Gesetze und Schikanen der Nazi-Herrschaft, eines ist uns doch noch geblieben: Wir können als Brüder und Schwestern zusammensein und zusammen singen...

Wie sehr muß sich mir als dem verantwortlichen Leiter dieser Gruppe von jungen Menschen das Herz zusammenkrampfen, wenn ich an meinem Auge vorüberziehen lasse, was ich eine Stunde zuvor erlebte und was eine Stunde später auch diese Menschen, diese Kinder hier, erfahren müssen.

Mit unserer Führerin Lotte Kaiser war ich in dem Büro der Gemeinde gewesen, um mich —

Rückblende

Als ich im zweiten Jahr des Ersten Weltkrieges in Berlin geboren wurde, kämpfte mein

Die hier vorgelegte Fassung des Berichtes bietet eine Auswahl aus dem Bulletin des Leo-Baeck-Instituts (Jerusalem) Nr. 45, 12. Jahrgang (1969), sowie einige Auszüge aus dem Manuskript, die in der Veröffentlichung des Instituts nicht enthalten waren. Edith Wolff hat nach dem mündlichen Bericht von Jizchak Schwersenz die Niederschrift besorgt.

wie so häufig — nach dem Stand unserer Dinge zu erkundigen. In den letzten Tagen hatte das Gerücht die Runde gemacht, daß — nach anderen Gebieten des Reiches — nun auch in Berlin damit begonnen werden sollte: mit Deportationen... Und tatsächlich hatte man uns nun im Büro erklärt, daß in wenigen Tagen dieser Schrecken auch in Berlin seinen Einzug halten würde. Wir sprachen daraufhin mit Dr. Pick vom Palästinaamt alle Möglichkeiten durch, wie wir unsere Kinder retten könnten, und faßten einige vielleicht gangbare Wege dazu ins Auge.

Nach dem Ende der Feier, während die Thora-Rollen noch auf dem Tische liegen und die Kinder und Jugendlichen den Blick auf ihren älteren Freund und Führer gerichtet halten, um wie jedes Mal zu Beginn einer neuen Woche gute, tröstliche und kraftgebende Worte zu vernehmen, beginne ich stockend meine Rede:

„Wir haben uns heute unser altes Wort ‚Seid stark und fest!‘ zugerufen. Wenn wir jemals diesen gegenseitigen Zuspruch benötigten, so heute ganz besonders. Wir haben in den letzten Jahren schon vieles gemeinsam ertragen und haben immer gemeint, es sei schon das Schwerste. Heute aber muß ich euch Mitteilung machen von einem Beschluß, der jetzt über uns, über alle Juden verhängt wird und der Schwereres bringen wird als alles, was wir uns jemals hätten vorstellen können.“

Vater „mit Gott für Kaiser und Reich“ sowohl an der Ost- wie auch an der Westfront, Seite an Seite mit den deutschen Soldaten. Er kämpfte im Osten auch an der Stelle, wo er 30 Jahre später von deutscher Hand ermordet wurde.

Wie fast das gesamte deutsch-jüdische Bürgertum, so war auch mein Vater, ein Kauf-

mann des guten Mittelstandes, ehrlich überzeugt vom Recht des vaterländischen Kampfes, den Deutschland mit seinen damaligen Gegnern zu führen hatte — jenes Deutschland, in welchem das Judentum ein durchaus freies und geordnetes Leben führte und in dem es besonders der jüdische Kaufmann zu höchsten Erfolgen gebracht hatte. Wie oft erzählte mir der Vater mit Stolz, wenn wir an der Synagoge des Berliner Westens — in der Fasanenstraße — vorübergingen, daß Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1913 bei der Einweihung dieser Synagoge selber zugegen war. Wohl gab es in der deutschen Bevölkerung einen tiefverwurzelten „gesellschaftlichen“ Antisemitismus. Aber der Jude hatte im allgemeinen keine tätlichen Angriffe zu befürchten. Und wenn mein Vater am Frühstückstisch gemütlich rauchend das „Berliner Tageblatt“ las, worin von blutigen Pogromen in Polen die Rede war, so pflegte er ebenso wie fast alle anderen deutschen Juden in jener Epoche zu sagen: „Sehr traurig, aber in unserem deutschen Rechtsstaat kann so etwas nie passieren!“ So wuchs ich als Kleinkind noch im gesicherten deutschen Kaiserreich auf. Auch die Republik, die nach der November-Revolution von 1918 das deutsche Kaiserreich abgelöst hatte, brachte für die Juden zunächst noch keine Veränderung.

Die Situation des Judentums, das nach der deutschen Verfassung, die von dem Juden Hugo Preuß geschaffen worden war, vollständig gleichberechtigt mit allen deutschen Staatsbürgern sein sollte, verschlechterte sich erst allmählich und fast unmerklich gegenüber der gesicherten Position in der Kaiserzeit. Der bisher „nur“ gesellschaftliche Antisemitismus nahm mehr und mehr offene und politische oder gar tätliche und aggressive Formen an. Infolge der politischen Wirren und der schwankenden Wirtschaftslage ging es auch mit der äußeren und materiellen Sicherheit des Judentums abwärts. Vor diesem Hintergrund gewann die zionistische Bewegung und insbesondere die Jugendbewegung des Zionismus mehr und mehr an Boden, während der weit überwiegende Teil der jüdischen Bevölkerung nach wie vor die Augen gegenüber dem Anwachsen des Antisemitismus verschloß.

Ich besuchte zunächst, von meinem sechsten bis zum zehnten Lebensjahre, eine allgemeine Volksschule. In der Klasse von 40 Schülern gab es außer mir nur noch einen einzigen jüdischen Jungen. Hier verspürte ich zum ersten Male jüdisches *Galuth*-Schicksal. Es verging kaum ein Tag, an dem wir von den nichtjüdi-

schen Mitschülern nicht behelligt wurden: Fast täglich wurden wir von ihnen gehänselt oder gar verhöhnt. Es wurden Spottlieder auf uns gesungen, und auf dem Schulhof wurde uns „Jude Itzig“ nachgerufen. Der Nachhauseweg von der Schule wurde manchmal zu einer wahren Pein, denn es kam vor, daß uns beiden auch Steine nachgeworfen wurden. Die an sich redlichen Bemühungen unseres Klassenlehrers, den Schülern zu erklären, daß „alle Deutschen gleich und die Juden ja auch Menschen“ seien, hatten nur wenig Erfolg.

Von meinem zehnten bis zum siebzehnten Lebensjahr besuchte ich nach der Volksschule das Schiller-Realgymnasium in Charlottenburg. Hier war ich fast immer der einzige Jude in der Klasse. Aber trotz der Zugehörigkeit vieler Klassenkameraden zu deutschnationalen und antisemitischen Jugendorganisationen erwarb ich mir in der Klasse eine anerkannte Position und sogar freundschaftliche Zuneigungen — gerade auch durch meine gefestigte und bewußt jüdische Einstellung. Diese Haltung wurde im Laufe der Jahre besonders gestützt und gestärkt durch meinen Eintritt in die zionistische Jugendbewegung.

Bereits mit neun Jahren war ich auf Wunsch der Eltern, deren einziges Kind ich geblieben war, einer jüdischen Jugendorganisation beigetreten und hatte das Glück, dort zwei hervorragenden Jugendführern zu begegnen. Bis zum 13. Lebensjahr verblieb ich in dem jüdisch-religiösen Jugendbund *Esra* und ging später zu dem jüdischen Pfadfinderbund „*Kadimah*“ über. Mit dem Anwachsen der Hitlerpartei wurden die Angriffe auf Juden in den Zeitungen sowie Pöbeleien und Anrempelien auf der Straße immer häufiger. Auch in der jüdischen Bundesarbeit und in der Schule wurde dies mehr und mehr spürbar. Wenn wir als jüdischer Jugendbund gemeinsam auf Wanderung gingen, so wurden wir unterwegs nicht selten von einer Nazi-Jugendgruppe überfallen, und Überfälle auf unsere Ferienlager geschahen fast regelmäßig. Wir lernten aber, uns zu wehren und gegen solche Angriffe zu verteidigen.

Trotz der zunehmenden Bedrängnis, in der die Juden leben mußten, war der Zionismus in diesen Jahren unter ihnen noch immer nicht „salonfähig“ geworden. Das sogenannte liberale Judentum bekämpfte sogar den Zionismus — unter anderem auch als den vermeintlichen Urheber und Anreger des wachsenden Antisemitismus. Große Teile der jüdischen Jugend waren in „deutsch-jüdischen“ Jugendverbänden organisiert oder befanden sich in der

internationalen Jugendbewegung: in pazifistischen, in sozialistischen oder auch in kommunistischen Jugendorganisationen. Diese Zersplitterung der jüdischen Jugend mag durch folgendes Beispiel illustriert werden: Als beim Abschluß einer zionistischen Feier in einem der größten Säle von Berlin („Spichernsäle“) im Jahre 1930 die „Hatikwah“, das Lied der Hoffnung (die jüdische Nationalhymne), angestimmt wurde, machten sich die anwesenden Mitglieder von „deutsch-jüdischen“ Jugendgruppen, unter denen sich auch mein eigener

<i>Chawer, Chawerah</i>	= Freund(in), Genosse
<i>Chug Chaluzi</i>	= Pionierkreis
<i>Galuth</i>	= Verbannung; Bezeichnung für die 2000jährige Diaspora des jüdischen Volkes
<i>Hachsharah</i>	= Vorbereitung; Bezeichnung für die Zeit der praktischen Vorbereitung für die landwirtschaftliche Arbeit in Palästina
<i>Hawdalah</i>	= Schabbath-Segen
<i>Hechaluz</i>	= Pionierbewegung
<i>Jugend-Alijah</i>	= Organisierte Einwanderung jüdischer Jugendlicher in den 30er Jahren aus Deutschland
<i>Kadimah</i>	= a) Die erste jüdische Studentenvereinigung, die sich den zionistischen Zielen verschrieben hat; gegründet 1882 in Wien b) Genossenschaftliche Siedlung, 1933 in Israel gegründet
<i>Madrich</i>	= Leiter einer Jugendgruppe, Instrukteur
<i>Makkabi Hatzair</i>	= Jugendorganisation der Makkabi-Bewegung
<i>Oneg-Schabbath</i>	= Wöchentliche religiöse Feier innerhalb der jüdischen Familie
<i>Thora</i>	= i.w.S. die jüdische Gesetzeslehre i.e.S. die Lehre der fünf Bücher Moses (Pentateuch)
<i>Yad Washem</i>	= Name der offiziellen Gedächtnisstätte für die jüdischen Märtyrer und Widerstandskämpfer während des Dritten Reiches, errichtet in Jerusalem 1954; gleichzeitig Forschungsinstitut

Vetter befand, durch Pfiffe und Schmähworte bemerkbar, woraus sich dann eine regelrechte Saalschlacht entwickelte.

Während meine liebe Mutter meiner zionistischen und jüdisch-religiösen Entwicklung durchaus wohlwollend und mithelfend gegenüberstand, sahen der Vater und die meisten Verwandten diese Entwicklung nur sehr ungern. Als ich — inzwischen 14jährig — durch den Einfluß des Bundes dahingelangt war, meinen bisher deutschen Vornamen in einen hebräischen umzuwandeln, nahm dies die Familie meines Vaters teilweise als „Schande“ auf, und man weigerte sich beharrlich, meiner Bitte nachzugeben, mich bei dem neuen hebrä-

ischen Rufnamen zu nennen. Auch die meisten der anderen Chawerim unseres Bundes hatten zu Hause die größten Schwierigkeiten, weil sie sich der zionistischen Jugendbewegung angeschlossen hatten. Viele von ihnen mußten es zu Hause sogar verheimlichen. Der Entschluß gar, nach Palästina zu gehen, um dort das zionistische Ideal zu verwirklichen und am Aufbau des jüdischen Heimatlandes mitzuarbeiten, wurde in vielen jüdischen Häusern als schlimme Fehlhaltung betrachtet und bedeutete in den meisten Fällen einen gänzlichen Abbruch der Familienbeziehungen. Die meisten Eltern meiner Chawerim, denen es damals gelang, sich zu Hause durchzusetzen und die heute in Israel leben, wurden später von den Nazis ermordet oder in deutschen Vernichtungslagern umgebracht, wie ja auch meine eigenen Eltern von diesem Schicksal nicht verschont blieben.

So kam das Jahr 1933. Als ich am Mittag des 30. Januar von der Schule nach Hause ging, traf ich eine Chawerah unseres Bundes, die mit trauriger Miene sagte: „Heute ist Hitler Reichskanzler geworden, die Nazis sind jetzt an der Regierung, wer weiß, was jetzt aus uns werden wird! Ob wir jemals wieder ins Lager ziehen können?“ — Am gleichen Tag hatten wir im Bund unseren Heimatabend. Wie üblich gingen wir dorthin in voller Kluft. Als wir am Abend nach Hause gehen wollten, kamen uns zur Feier des Tages, an dem ihr Führer Kanzler wurde, die fackeltragenden SA-Leute mit Johlen und Schreien entgegen und brüllten: „Deutschland erwecke, Juda verreckel!“ Man riet uns, unsere jüdische Bundeskluft unter dem Mantel zu verbergen. Aufgeregt erwartete mich zu Hause die Mutter, die bereits an jenem ersten Tage der Nazi-Herrschaft das Schlimmste befürchtete. Als dann einige Tage später im großen Saal der Berliner Philharmonie eine jüdische Gedenkfeier für den damals in Palästina ermordeten Juden und zionistischen Führer Arlosoroff stattfand, drangen auch dort SA-Leute ein, so daß ich — zusammen mit anderen Chawerim — nur mit Mühe der Verhaftung entkam, der an jenem Tage alle Mitglieder von jüdischen Bündeln, die als Kluft ihre weißen Blusen und Hemden trugen, anheimfielen.

So begann für uns die erste Epoche der nationalsozialistischen Diktatur, die Zeit von 1933 bis zur „Kristallnacht“ am 9. November 1938, eine Zeit, in der noch keine eigentliche Lebensbedrohung oder Vernichtungspolitik gegen die Juden als Gesamtheit zu erkennen war, auch wenn sich die Maßnahmen gegen

das deutsche Judentum von Jahr zu Jahr wesentlich verschärften und die Juden nach und nach immer mehr von den übrigen Bürgern abge sondert und ins „Ghetto“ zurückgetrieben wurden. Sie durften z. B. nicht mehr die allgemeinen Restaurationsbetriebe in Anspruch nehmen, sondern konnten nur noch jüdische Kaffeehäuser und jüdische Gaststätten aufsuchen, die als solche deutlich gekennzeichnet sein mußten. Auf Straßen und Plätzen oder in den städtischen Parkanlagen wurden neben den üblichen grünen Sitzbänken neue, gelb angestrichene Bänke aufgestellt, mit der weithin sichtbaren Aufschrift: „Nur für Juden“.

Zahlreiche Juden begannen nun schon auszuwandern, nach Übersee oder Palästina. Der größte Teil aber verblieb in Deutschland — immer noch in der Meinung und Hoffnung, daß es niemals ganz schlimm kommen werde und daß eine „solche Diktatur sich ja nicht lange halten können...“. Doch erwies sich inzwischen, wie recht Herzl mit seinen düsteren Prophezeiungen gehabt hatte. Daher wurde nun auch die zionistische Bewegung mehr und mehr beachtet; sie vergrößerte sich rasch. Jetzt erlaubten die jüdischen Eltern den meisten Kindern, in die zionistische Jugendbünde einzutreten. Viele von ihnen wurden auch gleich zur Jugend-Alijah nach Palästina angemeldet, und die Organisation der Jugend-Alijah vermochte dieses plötzlichen Ansturms gar nicht mehr Herr zu werden.

Unser Bund arbeitete unverändert — oder vielmehr mit verstärkter Kraft — weiter. Die jüdischen Jugendbünde blieben vorläufig noch erlaubt, nur mußten sie sich eine gewisse polizeiliche Überwachung gefallen lassen. So mußte der monatliche Veranstaltungskalender jetzt für jeden Monat bei der deutschen Behörde eingereicht und von dieser erst genehmigt werden. Doch wie überall, so kam es auch in den Gruppen der jüdischen Jugendbewegung bereits zu ersten Zwischenfällen. Einen Monat nach dem Machtantritt von Hitler riß ein Chawer meiner Gruppe, Jaakow Ehrenfreund, eine Hakenkreuzfahne von einem Nazi-Lokal herunter und wälzte sie in den Staub. Er wurde noch am gleichen Tage verhaftet und später in ein KZ gebracht. Das weitere Schicksal von Jaakow blieb unbekannt —

für immer. Das Gegenstück zu diesem Vorfall bildete eine ebenso tragische Begebenheit, die sich bei Leipzig zugetragen hatte — im religiösen Jugendlager Bomsdorf. Von dort hörten wir, daß ein Chawer von den Nazis sofort erschossen wurde, nachdem er sich geweigert hatte, der Aufforderung zu folgen, eine Thora-Rolle mit Füßen zu treten.

1935 wurde ich vom Leiter der „Zionistischen Vereinigung in Deutschland“ nach Köln geschickt, um dort den Aufbau und die Leitung eines Kinderheims für die Jugend-Alijah zu übernehmen, wo 40 Jungen und Mädchen halbtägig ein Handwerk erlernten und zur anderen Hälfte des Tages unterrichtet wurden, vorwiegend in jüdischen und zionistischen Fächern. Gleichzeitig konnte ich in Köln meinen alten Wunsch durchsetzen, endlich Lehrer zu werden.

Ich besuchte die jüdische Religionslehrer-Akademie unter der Leitung von Dr. David Carlsbach. Nach Auflösung des Jugendheims in Köln und meinem dortigen Studienabschluß ging ich Anfang 1937 als Lehrer nach Herrlingen bei Ulm an die Jüdische Oberrealschule und in das hervorragende Jüdische Landschulheim, beide unter der bewährten Leitung des Pädagogen Hugo Rosenthal stehend. Unter seiner Führung erhielt ich wertvolle Anregungen zur Gestaltung eines jüdisch-traditionellen Lebens auch in Schule und Erziehung. Später übersiedelte ich auf seinen Rat hin wieder nach Berlin, um dort noch zum allgemeinen Volksschullehrer-Studium zu gelangen. Ich trat in die Jüdische Lehrerbildungsanstalt von Dr. Bamberger ein und übernahm in Berlin gleichzeitig eine zentrale Arbeit im Jüdischen Pfadfinderbund des „Makkabi Hazair“.

Nach Abschluß meiner Studien übernahm ich 1939 das Lehramt in einer Volksschule der jüdischen Gemeinde für sämtliche Fächer und wurde später von meinem Bund als Lehrer und Madrich an die Jugend-Alijah-Schule (Jual-Schule) in Berlin berufen, deren Leitung ich im Herbst gleichen Jahres übernahm. Hier war es dann, wo ich mir zwei Jahre später den Entschluß abzuringen hatte, einer frohgestimmten Jugendgruppe die schreckliche Mitteilung von den bevorstehenden, staatlich angeordneten Deportationen zu machen.

Im Schatten der drohenden Deportation

Auch im Krieg ließen die Nazis die (von der britischen Mandatsregierung als illegal behandelt!) Alijah Jugendlichen zunächst noch

zu. So kam es, daß nach Kriegsbeginn die „Jüdische Jugendhilfe“ ihr Arbeitsgebiet über die schulentlassene Jugend hinaus auch auf die 12-

bis 14jährigen ausdehnen konnte, für die ein Jugendheim in Hamburg und eine besonders eingerichtete „Nachmittagsgruppe“ bei der Jual-Schule Berlin bestand. Als mit dem Verbot der jüdischen Schulen¹⁾ auch diese Einrichtungen aufzulösen waren, blieben nur diejenigen Jugendlichen vor einer Rückweisung in ihre Elternhäuser und somit Deportation bewahrt, die in Hachscharah-Kibbuzim eingeordnet waren. Diese Kibbuzim erreichten mit dem Kriegsjahr 1940 den Höhepunkt ihrer Wirksamkeit. Insgesamt 560 Jugendliche arbeiteten in Gemeinschaften von 40 bis höchstens 80 Menschen in elf Ausbildungsstätten.

Mit der Schließung der jüdischen Schulen war auch meine Lehrertätigkeit beendet. Ich hatte fortan Dienst als Küchenhelfer in der jüdischen Volksküche zu tun. Doch durch Vermittlung von Alfred Selbiger als dem Verantwortlichen für den jüdischen Arbeitseinsatz konnte ich an zwei Nachmittagen der Woche zu der nach Wannsee geretteten Hauptgruppe der Jual-Schule hinausfahren. Als Mitarbeiter in der Reichsvereinigung stand mir noch freie Fahrerlaubnis in Berlin zu, während im übrigen bereits das allgemeine Fahrverbot für Juden bestand.

In einem Gewächshaus des Grundstücks in Wannsee verbrachte ich mit den Jungen frohe Aussprache- und Lehrstunden, in denen ich Hebräisch, jüdische Geschichte, Palästina-kunde und aktuelle Fragen behandelte. Das war natürlich eine verbotene Tätigkeit. Offiziell war meine Anwesenheit damit begründet worden, daß ich den Jungen „Theorie des Gartenbaus“ beizubringen hätte. Tauchte SS-Mann Friedrich auf einem seiner Rundgänge im Gewächshaus auf, mußte sofort das Thema gewechselt werden. Ich konnte nur bewundern, wie schnell sich die Kinder auf diese Situation einzustellen vermochten und „zulässige“ Fragen bzw. „passende“ Antworten im Augenblick erfanden. Wir mochten beispielsweise gerade die Entwicklung des Aufbauwerkes in Erez Israel besprechen — Friedrich wurde gesichtet, und sogleich fragte mich ein Junge nach der Samenentwicklung der Mohrrüben.

Noch bis in den August 1942 konnte diese letzte Schulgruppe zusammengehalten wer-

den. Die nunmehr über uns hereinbrechende Deportationsgefahr ließ mich jedoch den Weg in die Illegalität der Untergrundarbeit suchen. Der Gedanke an ein Untertauchen in Nazi-Deutschland, um so der Deportation zu entgehen, kam mir erstmalig im Winter 1941. Im Oktober hatten die Judentransporte aus Berlin begonnen²⁾. Daß sie in den Tod führen würden, konnten wir damals um so weniger ahnen, als sie von den Nazis in Formen einer „geordneten“ Umsiedlung nach dem Osten organisiert wurden. Welch grausiger Plan dahinter verborgen war, konnten wir uns, bei all den schlimmen Erfahrungen, welche die Juden Deutschlands in den ersten neun Jahren der Nazi-Herrschaft hatten machen müssen, einfach nicht vorstellen. Zwar wußten wir bereits von der sogenannten „Schutzhaft“³⁾, von Folterungen bei Untersuchungen, längst auch von der Existenz von Konzentrationslagern, aber Massenmord im 20. Jahrhundert überstieg unsere Vorstellungskraft. Wir hielten zunächst die offiziell als „Evakuierung“ oder „Abwanderung“ bezeichneten Abtransporte für Überführungen der Juden in Arbeitslager des Ostens, in denen sie unter gewiß härtesten Bedingungen für die Kriegsmaschine des Dritten Reiches zu arbeiten hätten, aber wenigstens am Leben bleiben würden.

Doch erreichten uns gegen Jahresende die ersten erschreckenden Gerüchte über das Vorhaben der Nazis, in den von ihnen eroberten Ländern die Ausrottung der europäischen Juden durchzuführen. Unser Bund erhielt Gewißheit darüber erst durch die direkte Nachricht, die uns im Juli 1943 aus den Vernichtungslagern zugespielt wurden. Schon der erste kurze Brief, den wir bekamen, ließ keine Zweifel mehr über die wahre Natur der Konzentrationslager im Osten zu. Die als 17jährige deportierte Chawerah Karla Wagenberg konnte während der Außenarbeit im Lager Birkenau einen der deutschen Wachsoldaten dazu bewegen, einen Brief von ihr nach Berlin mitzunehmen, den er während eines Urlaubs in der Stadt zur Post gab. Sie schrieb u. a.: „Ihr braucht Euch nicht viel Sorge um mich zu machen. Wir sind hier zu zweit und haben unsere Arbeit. Wie gut ist es, daß ich das Flötenspiel

²⁾ Der erste Transport verließ Berlin am 10. Oktober 1941 und wurde in das Ghetto Lodz (Litzmannstadt) geschickt. Er umfaßte 1 013 Personen.

³⁾ Gemeint ist die „Schulungshaft“ in sog. Schulungslagern, die in Wirklichkeit Konzentrationslager waren. Sie traf ab Frühjahr 1935 diejenigen Juden, die nach ihrer Auswanderung sich in Deutschland nur besuchsweise aufhielten.

¹⁾ Die jüdischen Schulen Deutschlands und Österreichs wurden am 30. Juni 1942 aufgrund einer Anordnung des Büros Eichmann vom 20. Juni geschlossen.

gelernt habe, denn das hat mich gerettet⁴). Wir arbeiten in der Küche. Das Leben und die Arbeit wären ganz erträglich, *wenn nicht in der Nähe der Kamin wäre* (vom Hrsg. hervorgehoben). Täglich kommen Hunderte hinein. Wir verlieren nicht die Hoffnung auf ein Wiedersehen. Oft singen wir oder unterhalten uns. Wir versuchen auch noch zu lernen. Ich habe nur eine Bitte: Schließt uns immer in Euren Kreis bei Eurer Hawdalah ein und vergeßt uns nie!

Eure Karla.

N. B. Viele von uns sind schon bei Alfred."

Auch ohne daß uns alle Sätze klar waren, das Wort „Kamin“, in hebräischen Buchstaben geschrieben, traf uns in furchtbarer Eindeutigkeit. Und falls es dessen noch bedurft hätte, unterstrich diese entsetzliche Meldung der Nachsatz, wonach „viele schon bei Alfred“ seien: unser Bundesleiter Alfred Selbiger war im November 1941 erschossen worden!

Nun begannen auch aus ausländischen Sendern Nachrichten über die Massenvernichtung von Juden und anderen Bevölkerungsgruppen in Polen durchzusickern. Das Abhören nichtdeutscher Radiostationen war unter Androhung schwerster Strafen verboten. Den Juden hatte man zudem schon am Jom Kippur (Versöhnungstag) 1939 die Radioapparate fortgenommen. Dennoch hörten wir längere Zeit zunächst bei nichtjüdischen Familien, die unsere Freunde waren, in der Untergrundzeit bei denen, die uns Obdach gewährten, in den späten Abendstunden die ausländischen, besonders die englischen Nachrichten. Das berühmte Klopfzeichen des BBC erlebten wir stets wie das Öffnen eines Fensters zur Freiheit. All die Informationen, die wir so auffingen, oft wohl allzu optimistische oder überhaupt unzutreffende, über alliierte Kriegshandlungen oder gar Voraussagen über den bevorstehenden Zusammenbruch des Hitler-Reiches, — uns gaben sie immer wieder Mut. Mit Decken über dem Kopf und Kissen zu beiden Seiten des Apparats, um den Radioton zu dämpfen, folgten wir angespannt — das Ohr dicht am Gerät — den Ansagern aus jener anderen Welt. So erreichte uns dann die erste Kunde von den Massenvernichtungen der Juden im Osten.

Ich kann nicht mehr vergessen, was in einer dieser Sendungen ein geflüchteter deutscher

Lokomotivführer über sein anscheinend letztes Erlebnis im Dienst aussagte: wie ein von seiner Maschine gezogener Güterwagentransport, vollgestopft mit Juden, auf offener Strecke irgendwo zum Halten gezwungen wurde. Dabei habe sich dann herausgestellt, daß zahlreiche „Passagiere“ in den Viehwagen bereits während der Fahrt an völliger Entkräftung gestorben waren. Die noch Lebenden seien an Ort und Stelle umgebracht worden...

Zu dieser Zeit festigte sich meine Bekanntschaft mit Edith Wolff⁵), die in der Kulturabteilung der „Jüdischen Jugendhilfe“ tätig gewesen war. Sie hatte mir schon Ende 1941, nach Rückkehr von einer Erkundungsfahrt nach Wien, klarzumachen versucht, daß Möglichkeiten gefunden werden müßten, drohender Deportation zu entgehen. Anfang 1942 entwickelte sie mir einen Plan, wie man sich den Transporten entziehen und im Versteck das Ende des „Dritten Reiches“ abwarten könne. Der Gedanke an ein Dasein in der Illegalität mit den dazu erforderlichen gefälschten Papieren erschien mir als einem zu preußischer Korrektheit erzogenen Juden Deutschlands zunächst unmöglich. Ewo bestand jedoch hartnäckig auf ihrem Vorschlag, mit der Begründung, es sei zionistische Pflicht, sich für den Aufbau Palästinas und für die jüdische Volksgemeinschaft zu erhalten, statt sich wie Vieh von den Nazis abschlachten zu lassen. Als ich ihre Gedanken im Führungskreis des Bundes vortrug, wurde er von den einen als aussichtslos, von den anderen als unziemlich für einen Chaluz abgelehnt. Alfred Selbiger vertrat den Standpunkt, Mitglieder des „Hechaluz“ hätten die Pflicht, auch in der Deportation den jüdischen Massen vorbildlich voranzugehen. Die Mehrheit der Chawerim stimmte ihm zu. Nur eine kleine Minderheit verstand sich dazu, ernsthaft die Flucht in den Untergrund als möglichen Ausweg zu erwägen.

Im Sommer 1942 begann ich, selbst ans „Unter-tauchen“ zu denken. Dazu bewog mich besonders das schockierende Erlebnis des ersten Abtransports meines Vaters, der im Juli 1942 die Aufforderung erhielt, sich im Sammellager in der Synagoge Levetzowstraße einzufinden. Ich versuchte ihn zu überreden, in den Untergrund zu gehen, anstatt sich fortschleppen zu lassen. Doch der Vater, der im Ersten Weltkrieg als deutscher Soldat gedient hatte, wies solche Gedanken weit von sich. In seinem

⁴) Aufgrund der Kenntnis des Flötenspiels wurde die Schreiberin dem Lagerorchester zugeteilt. Orchestermitglieder blieben zwar nicht gänzlich von der „Selektion“ zur Vergasung verschont, hatten es aber besser als andere Gefangene.

⁵) In der weiteren Erzählung zumeist kurz „Ewo“ genannt, der Name, unter dem sie allein im Untergrund bekannt war.

Weltbild war kein Raum für die Vorstellung, daß das „deutsche Vaterland“, für das er sein Leben eingesetzt hatte, ihm dies Leben nun nehmen wolle. Solche Haltung war unter den Juden Deutschlands weit verbreitet. Als typisch kann daher auch das Benehmen meiner damaligen Wirtsleute, der Familie des Studienrats Dr. Lewysohn, gelten, eines Mannes, der — allem Zionismus fern — Zeit seines Lebens ein pflichtgetreuer preußischer Beamter gewesen war. Als seine Familie im Februar 1942 die Anweisung zur Deportation erhielt, bereitete sie sich tagelang darauf wie zu einem Wohnungswechsel vor: Die Wäsche wurde ausgebessert, die Koffer wurden gepackt und noch einmal die Wohnung gründlichst reingemacht. Denn — man sollte ihnen doch „nichts Schlechtes nachsagen“ können ...

Den Abend des Abschieds unserer Familie vom Vater werde ich niemals vergessen. Die ganze Verwandtschaft hatte sich, wie zu einem Begräbnis, vollzählig eingefunden. Allerdings glaubten alle, die sich da unter Tränen umarmten, noch an ein Wiedersehen nach diesem Scheiden „auf lange Zeit“. Besonders qualvoll wirkte auf uns die zwangsläufige Kürze des Abschiednehmens, da jedermann sich dessen bewußt zu sein hatte, wie es oft bei derartigen „Gelegenheiten“ geschah, daß die beim Abholen des „auf der Liste“ Stehenden in seiner Wohnung vorgefundenen Juden gleichfalls mitgenommen wurden. Der Vater wurde dann allerdings noch einmal zurückgestellt. Vier Tage nach dem Familien-Abschiedstreffen erhielt ich die telefonische Nachricht über das Büro von Alfred Selbiger, mein Vater befände sich wieder daheim. Wir feierten Wiedersehen wie mit einem vom Tode Auferstandenen, diesmal mit Tränen der Freude. Es stellte sich heraus, daß der Chef der Waffenfabrik, in welcher mein Vater zur Arbeit zwangsverpflichtet war, selber in das Sammellager der Synagoge gegangen war und unter Hinweis auf die Tüchtigkeit meines Vaters in dieser Arbeit, vor allem aber auf Kriegswichtigkeit der Munitionsherstellung, den Vater für die Fabrikarbeit wieder freibekommen hatte. Wiederholte Fälle solcher Zurückholung in letzter Stunde waren, wie sich herumsprach, Ergebnis von Auseinandersetzungen zwischen Gestapo und Industrie über die Juden-Deportationen. Vor allem eben die Waffenindustrie, die auf Hochtouren arbeitete, verlangte alle nur irgendwie verfügbaren Arbeitskräfte. Für den so Zurückgestellten bedeutete es neuerwachende Hoffnung, vielleicht nun verschont zu bleiben. Bis dann der 27. Februar 1943 anbrach, der geschichtliche Todestag für die Judenheit

Deutschlands, an dem die Großaktion der Massenabholungen aller noch verbliebenen Juden einsetzte, die zur Deportation auch der bislang Zurückgestellten führte. Von dieser Massenaktion ist auch mein Vater nicht mehr zurückgekehrt.

Als mich Mitte August 1942 die Aufforderung erreichte, mich am 28. August, um 6 Uhr abends, zum Abtransport im Sammellager Letzowstraße einzufinden, hatte ich mich zu entscheiden.

Ich entschloß mich zu einem Besuch im Büro Alfred Selbigers. Dort sagte ich, daß ich gedanke unterzutauchen, aber die Entscheidung nicht ohne Zustimmung des Bundes und des „Hechaluz“ treffen wolle. Über die Nachricht der mir nun drohenden Deportation waren die Chawerim um so bestürzt, als ich der erste aus der Führungsgruppe des Bundes war, den das traf. Diesmal, nur Monate nach einer Diskussion, in der ein Untertauchen von ihnen noch abgelehnt worden war, stimmten sie meinem Vorhaben zu.

Meinen Wirtsleuten konnte ich selbstverständlich nichts über mein Vorhaben sagen. Ich stellte in mein Zimmer zwei alte, mit Steinen gefüllte Koffer, auf die ich zwei Schlafdecken legte, um den Anschein zu wahren, für den nächsten Morgen meine Deportation vorzubereiten. In der Nacht jedoch schaffte ich mit Unterstützung einiger Chawerim meiner Gruppe, die ich zu völligem Schweigen darüber verpflichtete, heimlich — und in ständiger Gefahr, dabei von einer Polizeistreife angehalten zu werden — andere Koffer mit Wäsche, Büchern, Photos, Briefen und Akten fort. Wir verteilten sie auf Wohnungen verschiedener befreundeter Familien, die zur Verwahrung meiner persönlichen Sachen bereit waren. Für solche Zwecke fanden wir damals einige hilfreichen Familien. Wir bezeichneten sie mit dem freundlichen Spitznamen „Aufbewarier“ (also „Arier“, Nichtjuden, die sich zum Aufbewahren von Besitztümern verfolgter Juden zur Verfügung hielten).

Mit Rührung denke ich an einige der vielen Abschiedsbriefe, die ich nach Bekanntwerden meines Deportationsdatums bis zum 28. August noch erhielt. Ich kam mir damals vor wie einer, der zur eigenen Beisetzung auch noch selbst die Beileidsschreiben entgegennehmen mußte.

Am Abend des 27. August, meiner letzten „legalen“ Nacht, ging ein schwerer Bombenhagel auf Berlin nieder. Doch kam ich mit den Freunden, die mir beim Kofferschleppen hal-

fen, heil davon. Ich verließ Berlin mit dem Judenstern⁶⁾ und kehrte mit dem — Hakenkreuz zurück. Im dichten Forst von Pichelsberge ging meine Verwandlung vor sich. Wir trennten den Judenstern von meiner Jacke ab und steckten ihr das vorsorglich beschaffte Abzeichen der „Deutschen Arbeitsfront“ an. Nach Anbruch der Dunkelheit fuhr ich allein nach Berlin zurück und machte meinen ersten Versuchsbummel durch die Straßen der Stadt, um mich an die „Rolle“ eines freien Durchschnittsbürgers ohne Judenabzeichen zu gewöhnen.

Damit war ich das erste Mitglied des deutschen „Hechaluz“, das untertauchte. Nach wenigen Wochen folgten mir zwei junge Chawerim, Heinz (Zwi) Abrahamson und Poldi (Jehuda) Chones, 14 und 15 Jahre alt, in die Illegalität. Natürlicherweise vermehrte sich mit der Verschärfung der Judenverfolgung die Schar der Illegalen. Aus den Bünden kamen uns vor allem Jugendliche nach. Von etwa vierzig jungen Menschen, die in der Folgezeit durch unseren illegalen Kreis hindurchgingen, gehörten jedoch nur elf vom Anfang bis zum Ende unserer Gruppe an. Für uns alle kam es nun

Nächst der Quartier-Beschaffung ging die Sorge um die Verpflegung (Mahlzeiten oder Lebensmittel), die Beschaffung von Personalausweisen zur Legitimierung nach außen und um genügende Geldmittel.

Ohne eine ausreichende Anzahl von Helfern, die bei all diesen riskanten und schwierigen Vorhaben Unterstützung gewährten, war es undenkbar, all das zu besorgen. Wir konnten, um ganz sicher zu gehen, solche Hilfe eigentlich nur bei Nichtjuden suchen. Doch stand uns wenigstens anfangs auch der Weg zu gewissen Adressen von Halbjuden und von Juden, die in Mischehe lebten, offen. Man unterschied in der Nazi-Gesetzgebung diese „Mischlinge“ nach ihrer Religionszugehörigkeit bzw. danach, ob Vater oder Mutter der jüdische Elternteil waren. Für uns erwiesen sich diejenigen Mischehen von besonderem Wert, in denen die Frauen christlicher Herkunft, oder auch Christinnen geblieben waren. Diese

darauf an, unser Untergrunddasein so zu organisieren, daß wir uns nicht nur physisch durchbringen, sondern in der Illegalität weiter gemeinsam arbeiten konnten. Zunächst hatten wir jedem, der untertauchte, die äußeren Erfordernisse illegaler Existenz zu sichern. Dabei stand die Sorge um Unterkunft an erster Stelle. Wer versteckt leben wollte, brauchte einen sicheren Ruheplatz. Wohnungen von Juden kamen dafür nicht mehr in Betracht. Denn waren die Wohnungsinhaber mit ihren Familien erst einmal deportiert, versiegelte die Polizei die Türen. Es gehörte Tollkühnheit dazu, wenn Poldi und Zwi, seit der Verschleppung ihrer Eltern auf der Flucht vor der Gestapo, dennoch wochenlang nachts zur elterlichen Wohnung zurückschlichen — und nicht gefaßt wurden. Da sie noch keine andere Bleibe hatten, wiederholten sie Nacht für Nacht das lebensgefährliche Abenteuer, zu später Stunde behutsam die Siegel von der Wohnungstür abzulösen, unter Meidung jeden Geräusches und im Dunkeln zu übernachten, früh morgens dann die Marken genau an ihren Platz auf die Wohnungstür zurückzuheften und sich unbemerkt davonzumachen!

„Leben“ in der Illegalität

Frauen und „jüdisch versippten“ Mütter retteten, trotz fortgesetzter Belästigung durch die Behörden, mit treuer Beharrlichkeit in den meisten Fällen nicht nur ihre volljüdischen Ehemänner und halbjüdischen Kinder, sondern noch so manchen illegal lebenden Juden dazu. Kinder aus solchen Mischehen hatten den Status eines „Geltungsjuden“ oder eines „Mischlings 1. bzw. 2. Grades“. Zu den Letzteren fanden wir kaum Kontakte. Sie hielten sich zumeist den Juden fern, brauchten den Stern nicht zu tragen und wurden auch zeitweise zum Heeresdienst herangezogen. Hingegen zwang man „Geltungsjuden“ gleich Volljuden, den Stern zu tragen, ersparte ihnen aber im allgemeinen wenigstens die Deportation. Wir selbst unterschieden unsere Helfer noch nach dem Gesichtspunkt, was sie im einzelnen für uns zu tun imstande und bereit waren, ob sie also als „Quartierleute“, „Mahlzeitenspenden“, „Lieferanten“ (von Lebensmittelkarten oder wenigstens Markenabschnitten) oder aber Geldgeber fungierten. In der Beschaffung von Ausweispapieren fanden wir zwar gelegentlich die Unterstützung eines Graveurs oder Graphikers, der sich dazu verstand, für uns Personalausweise zu fälschen, blieben aber

⁶⁾ Die „Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden“, die zum Tragen des Sterns verpflichtete, wurde am 1. 9. 1941 veröffentlicht. Eichmanns Büro versandte entsprechende Anweisungen am 15. 9. an alle Polizei- und Regierungämter.

vorwiegend darauf angewiesen, daß hilfreiche Menschen, die auch sonst den Bedürfnissen unserer Lage Verständnis entgegenbrachten, die Frage der Ausweise für uns ebenfalls lösten.

Als das jederzeit von neuem dringliche und schwierige Problem für uns illegale erwies sich die Auffindung eines sicheren Unterschlupfes, der nach Möglichkeit ja nicht nur als Nachquartier, sondern als Aufenthaltsort überhaupt, selbst am Tage und besonders im Winter, dienen sollte. Nur wenige Menschen nahmen gern die Gefahr auf sich, einen von uns auch nur bei Nacht in die Wohnung einzulassen. Darin erging es lediglich den jüngeren Mitgliedern unserer Gruppe besser, da doch Kinder weniger Verdacht erweckten. Galt schon irgendeine Handreichung für Juden im Dritten Reich als Vergehen, so riskierten Deutsche, die gar illegal lebende Juden verbargen, bei Entdeckung als „Judenknechte“ zusammen mit den bei ihnen vorgefundenen Juden verhaftet zu werden.

Gefährlich wurde es bereits, wenn damit zu rechnen war, daß nicht zur Familie gehörige Personen beim abendlichen Besuch gesehen würden, weit mehr noch, falls man sie dann erst des morgens die Wohnung wieder verlassen sah. Zu den Häusern der bürgerlichen Viertel Berlins gehörte überall der Portier, dessen Wohnung sich zumeist neben dem Hauseingang befand. Daher konnte er sämtliche herein- und hinausgehende Personen beobachten und diente somit vielfach den Nazis als bequemer Spitzel. Mit den normalen Funktionen dieses Wächters am Haustor war die eines „Blockwarts“ verbunden, dem z. B. auch die Verteilung der Lebensmittelkarten an die Hausbewohner oblag. Diese Männer bedeuteten für uns eine fortgesetzte potentielle Gefahr, die uns auferlegte, niemals an aufeinanderfolgenden Nächten das gleiche Quartier zu benutzen.

Wir suchten daher unsere Gruppe dadurch vor jedem Auffallen zu schützen, daß wir einen „Zyklus“ organisierten, der jedem von uns für jeden Wochentag eine andere Übernachtungsadresse verschaffte. Des weiteren mußten wir darauf bedacht sein, unser Logis erst so spät abends aufzusuchen, daß die Mehrzahl der Bewohner mit Gewißheit bereits schlief, hatten außerdem jegliches Geräusch beim Betreten der Häuser zu vermeiden und des morgens so früh fortzugehen, daß wir den Anwohnern nicht begegneten. Wenn unter solchen Bedingungen selbst an sich recht hilfsbereite Menschen aus Furcht vor den Nachbarn, in man-

chen Fällen den eigenen Familienangehörigen, es nicht wagten, uns Quartier zu geben, war das nur allzu verständlich. So verweigerte mir beispielsweise einer meiner ehemaligen Lehrer, der mir immer freundlich zugetan war, zu meiner Enttäuschung jede Unterkunft. Doch gab er die begreifliche Begründung, seiner Familie wegen könne er die Verantwortung für das Wagnis nicht auf sich nehmen. Auch die Familie eines meiner ehemaligen Mitschüler wies mich aus Angst vor Nachbarn ab, getraute sich ebenso wenig, einen von uns an Mahlzeiten teilnehmen zu lassen, versah mich aber mit Lebensmitteln zum Mitnehmen. Auf der ständigen Suche nach geeigneten Nachtquartieren bereitete uns die andauernde Gefahr nächtlicher Bombenangriffe zusätzliche Sorge. Denn im Falle solch eines Angriffs konnte ein Illegaler nie aus seinem Unterschlupf heraus, da er weder von anderen Hausbewohnern gesehen werden, gewiß aber keinen Luftschutzkeller aufsuchen durfte. Er befand sich somit in solchen Situationen in noch vergrößerter Gefahr. Mit der Zunahme dieser Angriffe auf Berlin verloren viele unserer Freunde und Helfer ihre Wohnungen und wir damit so manches Quartier. Immer öfter hatten wir dann eine Nacht oder mehrere Nächte im Freien zu verbringen, was doch nur in warmen Sommernächten erträglich war, oder aber, wenn an Rast nicht zu denken war, uns in einer „Straßennacht“ auf den Füßen zu halten.

Herzliche Erinnerung bewahre ich unter den wechselnden Quartierleuten der Familie Fleischmann, entfernten Verwandten von mir, die in Moabit wohnten. Schon früher einmal, in der „Kristallnacht“ des 9. November 1938 mit ihren ersten Massenverhaftungen, flüchtete ich mit anderen Freunden zu Fleischmanns. Sie nahmen mich dann auch in meiner Illegalität für Übernachtungen auf. Julius Fleischmanns Wohnung bot schon deshalb eine gewisse Sicherheit vor polizeilichen Nachforschungen, weil der Hausherr als völlig gelähmter Schwerkriegsbeschädigter des Ersten Weltkrieges von den Nazis zunächst verschont blieb. Seine tapfere Frau Sophie pflegte ihn hingebungsvoll, versorgte und erzog dabei noch ihre zwei Kinder. Dauernde materielle Not — die Familie lebte ausschließlich von Wohlfahrtsunterstützungen — hinderte die Fleischmanns nicht, einen strenggläubigen Haushalt zu führen. Allmorgendlich legte die Frau dem körperlich hilflosen Manne die Gebetsriemen an. In ihrer frommen Güte boten die selbst so kläglich bedrückt lebenden Menschen jedem, der in Not zu ihnen kam, Mahl-

zeit und Quartier. Meine Mutter sprach von ihnen als „von jüdischem Adel“. Am Ende blieb auch ihnen die Deportation nicht erspart. Nur wenige Tage nach der großen Juden-Liquidierung vom 27. Februar 1943 — ich befand mich gerade in der Wohnung — erschien der Transportwagen vor ihrer Türe. Frau Fleischmann half mir noch, über den nach hinten hinausführenden Balkon aus der Wohnung zu flüchten, bevor sie den Transportbeamten Einlaß gab. Im gegenüberliegenden Hauseingang versteckt, wurde ich Zeuge des tragischen Abtransports. Julius Fleischmann trug man in seinem Krankenstuhl hinaus und auf den Wagen. Die Frau folgte ihm in heroischer Fassung. Beide schickte man nach Theresienstadt, angeblich in „Vorzugsbehandlung“. Sie kamen jedoch beide dort um. Ihren Sohn Arno konnte vorher die Jugend-Alijah nach Schweden bringen, die Tochter Eva schloß sich nach der Deportation der Eltern unserer illegalen Gruppe an und blieb ebenfalls am Leben.

Nachtquartier und Arbeitsplatz an ein und demselben Orte zu haben, so erleichternd dies vorübergehend für einzelne von uns auch sein mochte, war immer zugleich besonders gefährvoll. Unser vierzehnjähriger Chawer Alfred (Abraham) Bernstein fand Arbeit in einer kleinen Werkstatt, in der er mit Einverständnis des Inhabers auch übernachten durfte. Der Handwerker kannte die Lage des illegal lebenden Jungen, dessen Eltern deportiert worden waren, hielt es jedoch aus Sicherheitsgründen für zweckmäßig, seinen Vorarbeiter einzuweihen. Das ging eine ganze Weile gut. Alfred hatte Arbeit, Auskommen und Quartier. Eines Tages jedoch geriet der Vorarbeiter mit seinem Chef in Streit und erstattete bei der Polizei Anzeige, daß in der Werkstatt ein jüdischer Junge beschäftigt und versteckt gehalten würde. Das endete mit sofortiger Verhaftung des Werkstattinhabers und Alfreds Deportation. Später wurde die einzige Überlebende der Familie, Alfreds jüngere Schwester, Mitglied unserer illegalen Gruppe.

Neben einigen Adressen, wo uns — soweit wir davon Gebrauch machen konnten — dauernd Quartier gesichert war, gab es einzelne Unterkunftsplätze, die wir nur in Abständen aufsuchen durften. Solch eine Stelle fanden wir in der Jägerstraße, im Zentrum Berlins, bei Julius Gladenbeck, einem ehemaligen kleinen Beamten des Unterrichtsministeriums. Er lebte mit seiner alten Mutter zusammen und erwies sich gleich ihr von der selbstverständlichen Hilfsbereitschaft zutiefst religiöser Menschen. Zwar lag die Wohnung zu exponiert für uns,

um sie öfter als unbedingt nötig aufzusuchen, wann immer aber ich dorthin gelangen konnte, erwartete mich rührende Gastlichkeit. Das ging solange gut, bis eines nachts im Herbst 1943 zum wiederholten Male in der Wohnung das Telefon läutete, ohne daß sich dann eine Stimme am Apparat vernehmen ließ. Damit reihte sich auch dieser Unterschlupf in die Reihe derer ein, die wir von da ab zu meiden hatten. Herr Gladenbeck vermittelte mir noch die Bekanntschaft mit einem seiner Freunde, mit Namen Kühn, der ein Wochenendhäuschen in Berlins Gartenvorstadt Werder besaß. Dieses Haus, weitab von allem Straßenverkehr, hätte völlige Geborgenheit bedeuten können. Doch bekam Herr Kühn es bald mit der Angst zu tun, daß das häufigere Auftauchen Unbekannter schließlich auffallen müsse. Einen Koffer mit meinen Sachen bei sich aufzuheben, war er bereit. Ich habe das Gepäckstück nicht wiedergesehen.

Wie schon angedeutet, hatten wir uns in der Anfangszeit unserer Illegalität noch in Wohnungen von „Mischlingen“, wie den Brüdern Wiener, oder „Mischehen“ sicher fühlen können. Zur letzteren Kategorie gehörten Edith Wolffs Eltern, die als „privilegierte Mischehe“⁷⁾ günstiger gestellt waren als die „Geltungsjuden“. Wenn dennoch Anfang 1943 (für mich wiederum mit knappem Entkommen bei einem zufälligen Besuch verbunden) erst Ewos Vater, Dr. Theodor Wolff, abgeholt, ein halbes Jahr später Ewo selbst verhaftet wurde, so lag das nicht zum wenigsten daran, daß sich die Familie in der Unterstützung von Illegalen zu sehr exponiert hatte, immer unter aktiver Beihilfe ihrer treuen Hausgehilfin Jenny.

Die zunehmende Knappheit von Unterschlupf-Orten, die uns zwang, auch Quartiere in Anspruch zu nehmen, die vom Standpunkt der Sicherheit ungünstig lagen, wurde schließlich einem unserer Chawerim zum Verhängnis. Die immer nach neuen Schlafplätzen für uns ausschauende Ewo hatte uns durch die Vermittlung von Jenny die Adresse einer Frau Lange in der Taunusstraße gegeben. Die schlichte Frau bot uns das Zimmer ihres an der Front dienenden Sohnes gegen ein Entgelt von einer Mark pro Nacht an, und wir machten davon längere Zeit abwechselnd und auch gemeinschaftlichen Gebrauch. Dabei wußten

⁷⁾ Als solche, auf die die Judengesetze keine Anwendung fanden, galten: 1. Mischehen mit Kindern, welche „nicht als Juden galten“, 2. Kinderlose Mischehen, wenn der Ehemann Deutscher war. Der Begriff erscheint bereits in Görings „Einige grundsätzliche Entscheidungen Hitlers in jüdischen Angelegenheiten“ vom 28. 12. 1938.

wir, daß diese Behausung, trotz der Abgelegenheit der Straße, für uns ein Risiko bedeutete. Denn sie befand sich in einem Hinterhaus, welches nur durch den Eingang des Haupthauses und über einen offenen Hof zu erreichen war. Daß wir uns dorthin auch nach Ewos Verhaftung noch begaben, war gewiß falsch, da wir die Spuren ihrer Tätigkeit hätten verwischen müssen.

An diesem Ort erreichte den Chawer Poldi das Unheil am Vorabend des Rosch-Haschanah 1943. Er hatte mehrere Tage bei Frau Lange gewohnt und war an diesem Tag dorthin zurückgekehrt, um sich für die zwischen uns verabredete Feier-Andacht bei den Becks umzuziehen. Als er am Abend nicht erschien, verrieten wir nach einigem Warten die Gebete ohne ihn. Erst als er auch am nächsten Tage nicht auftauchte, ahnten wir Schlimmes, denn wir waren an die Gruppen-Regel gewöhnt, niemals Zusammenkünfte zu versäumen. Am darauf folgenden Sonntag paßte ich Frau Lange, deren fromme Gewohnheit, nie einen Gottesdienst auszulassen, mir bekannt war, vor ihrer Kirche ab. Die Frau berichtete mir dort von dem schrecklichen Vorgang mit Poldi. Die Gestapo habe sich bereits am Tage davor bei ihr nach einem von Nachbarn beobachteten jüdischen Flüchtling erkundigt, dann an dem Schicksalsabend darauf bestanden, in ihrer Wohnung auf ihn zu warten. Beim Öffnen der Wohnungstür packten sie den Jungen. Der Fünfzehnjährige wehrte sich so wild, daß er in dem Handgemenge einen der Gestapoleute

schwer verletzte, bevor sie ihn niederschlugen und fortschleppen konnten. Man transportierte den übel Zugerichteten zunächst in das Juden-Sammellager in der Großen Hamburger Straße, dann aber unter Bewachung in ein Lazarett. Nach Ausheilung seiner Wunden in das Sammellager zurückgeschafft, setzte man ihn dort wochenlangen Verhören aus. Denn die Gestapo wußte zu diesem Zeitpunkt bereits von der Existenz unserer illegalen Gruppe und wollte den Jungen durch Folterung zwingen, unsere Verstecke, Treffpunkte, Mitglieder und Helfer preiszugeben. Als nichts aus ihm herauszubringen war, deportierte man ihn. In sinnloser Hoffnung, dem Jungen irgendwie helfen zu können, strich ich oft um das Haus, dessen Scheinwerferbestrahlung jeden Fluchtversuch der Insassen aussichtslos machte. Ein als Aufseher im Sammellager verpflichteter „Mischling“ berichtete uns von dem heldenhaften Durchhalten des Jungen. Durch diesen Mittelsmann erreichte mich nach einiger Zeit Poldis letzter, handschriftlicher Gruß, datiert vom 21. Oktober 1943, mit den wenigen Zeilen: „Ich habe mich gewehrt und geschwiegen. Sucht keinen Platz mehr auf, den Hallermann kennt! Macht Euch um mich keine Sorgen . . . wir werden uns, so Gott will, wiedersehen. Dir, mein Lieber, danke ich für alles, was Du mir gegeben hast.“ So ging er von uns, ohne, allen Quälereien zum Trotz, über uns etwas ausgesagt zu haben. Er ging ohne Klage und gab uns die letzte Warnung noch, die wir auch beherzigten.

Straßennächte und Razzien

Der fatale Schwund zuverlässiger Verstecke trieb uns nicht selten nun dazu, es darauf ankommen zu lassen, beim Klopfen an eine Tür abgewiesen zu werden. Wir hatten gelernt, auch mit Nachtlagern auf Dachböden zufrieden zu sein. Das wurde uns bei der zunehmenden Angst der Bevölkerung vor den Folgen von solchen Hilfsleistungen noch am ehesten gestattet. Denn bei eventueller Entdeckung auf den meist unverschlossenen Böden ließ sich immer behaupten, man sei ohne Wissen der Hausbewohner hinaufgeschlichen. Glückte es aber einem von uns — was nun immer häufiger geschah — bis in den späten Abend nicht, einen Schlafplatz zu entdecken, blieb nichts anderes übrig, als eine „Straßennacht“ zu planen, d. h. danach zu trachten, wie man schlaflos, aber auch gefahrlos die Nacht im Freien zubrächte.

In Sommernächten gelang das noch relativ leicht, sogar mehreren von uns gemeinsam. Grimmig wurde die Situation bei Schneefall, Frost und eisigem Winde. Scheußlich war es, sich in menschenleeren Straßen stundenlang auf den Füßen zu halten und die Schläge der Kirchturm-Uhren zu zählen. Am schwersten erträglich erschienen uns immer die vier Stunden zwischen 1 Uhr und 5 Uhr morgens, die Zeit ohne alle Verkehrsmittel zwischen dem letzten Stadtbahn-Zug und der frühesten U-Bahn-Verbindung. Zu unserem Glück unterhielt die Berliner Straßenbahn in den Kriegsjahren einige sogenannte „Nachtlinien“, die in einstündigen Abständen bis in den Morgen von einem Stadtecke zum anderen verkehrten. Damals arbeiteten Munitions- und andere kriegswichtige Betriebe in drei Schichten zu jeweils acht Stunden, also auch die

Nacht hindurch. Die Arbeiter solcher Betriebe waren dementsprechend des nachts vom und zum Schichtwechsel zu befördern. Die dauernden Bewegungen von Nachtarbeiter-Kolonnen verhinderten das Auffallen von uns illegalen Nachtwandlern. Da das jedoch nur für ganz bestimmte Stadtviertel zutraf, mußten wir sehr genau Bescheid wissen, wo wir uns sehen lassen durften. Manches, was wir einst als Pfadfinder gelernt hatten, wurde uns nun nützlich.

Eine typische „Straßennacht“ gestaltete sich etwa folgendermaßen: Bis Mitternacht fuhren wir auf den Stadt- und Untergrundbahnen hin und her, stiegen dann an einer Endstation in die „Nachtlinie“ der Straßbahn um und fuhren — erneut — von Norden nach Süden. Dabei vermieden wir, nach der ungefähr andert-halb-stündigen Fahrt einfach mit dem gleichen Wagen die Strecke zurückzufahren, liefen vielmehr zu einer anderen Endstation und fuhren von dort zum Ausgangspunkt zurück. Kam endlich der sehnlich erwartete Morgen, hieß es, Gelegenheit zu finden, sich etwas frischzumachen, wohl auch in einem der frühzeitig öffnenden Caféhäuser den warmen Kaffee-Ersatz zu bekommen. Ich hatte mir zur Gewohnheit gemacht, nach Art der Arbeiter eine Aktentasche mit Brot bei mir zu führen, um wie ein „stilechter“ Nachtarbeiter auftreten zu können. Öffentliche Parks, Bahnhofshallen und Warteräume umgingen wir nach Möglichkeit, da in den einen oft Polizisten stationiert waren, in den anderen Razzien drohen konnten. Zwar fahndeten sie vor allem nach Desertern, Fremdarbeitern oder Verbrechern, doch durften wir uns ja nie unnötig den Identifizierungs-Forderungen aussetzen. Weniger gefährlich war dann schon — besonders im Sommer —, irgendwo weit draußen im Walde von Tegel oder Grunewald zu nächtigen. Als im Verlauf des Krieges immer mehr Menschen ausgebombt wurden, machte das jedenfalls unser Übernachten im Freien unauffälliger. Wir trauten uns allerdings nicht, um „Notquartier“ nachzusuchen, als diese Einrichtung für obdachlos gewordene Berliner aufkam. Zwar häuften sich bald die Fälle, in denen Bürger auf der Flucht aus der Stadt völlig vertrauenswürdig angeben konnten, ihre Ausweise beim Bombardement eingebüßt zu haben. Für uns war jedoch kein Verlaß darauf, den dann einsetzenden Befragungen standhalten zu können.

Eine einzige Chance fanden wir damals, gefahrlos Nächte ohne Quartier zu verbringen: Das Anstehen um Eintrittskarten an den Kas-

senschaltern der „Staatsoper Unter den Linden“. Diese Gelegenheit bot sich aber nur in Nächten vom Sonnabend auf den Sonntag, da jeden Sonntag früh die Karten für alle Aufführungen der Woche verkauft wurden. Die Opern-Kassen öffneten um 8 Uhr morgens. Eine in steigendem Maße nach Ablenkung und Entspannung in zunehmend bedrohter Lage suchende Bevölkerung drängte bald in solchen Zahlen ins Theater, daß sich bereits ab 10 Uhr des Vorabends Schlangen von Wartenden zu bilden begannen. Die gingen oft in die Hunderte, ausgerüstet für die Nacht mit Schemeln und Decken. Unter diesen Kunstungrigen waren wir geborgen! Der Polizei ist niemals eingefallen, in diesen Publikums-Ansammlungen die Anwesenheit von Illegalen zu vermuten, denen sie offensichtlich alles andere, nur das nicht zutraute: in ihrer Not noch Bedürfnis nach Opern zu empfinden. Da wir uns früh, eben abends schon, anzustellen pflegten, waren wir morgens nach Kassenöffnung bald an der Reihe und erwarben, zugleich froh, wieder eine Nacht ungeschoren überstanden zu haben, eine Anzahl von Karten für unsere illegale Gruppe zu verschiedenen Opernabenden. — Ewo sagte mir später einmal, niemals wieder in solcher Intensität musikalische Erlebnisse genossen zu haben.

Nach dergestalt schlaflos verbrachten Nächten konnten wir uns in der Sommerzeit wie Ausflügler in den Wäldern der Umgebung ausschlafen, wohl auch auf einer Park-Bank einnicken. Bei Regen und im Winter suchten wir kleine Caféhäuser auf, um in deren Winkeln auszuruhen, gingen auch hin und wieder zum gleichen Zweck in ein Tages-Kino. Doch fanden wir mitunter noch Helfer, die sich bereit erklärten, uns bei Tage, wenn sie selbst zur Arbeit gingen, einen Schlafraum zu überlassen, und auch erlaubten, uns dann dort zu waschen und unsere Kleider in Ordnung zu bringen. Natürlich verlangte auch dieser Tagesaufenthalt große Vorsicht von uns, wie z. B. die, daß wir uns niemals an den Fenstern der Wohnungen zeigen durften. Es versteht sich von selbst, daß wir, sobald nur einigermaßen erfrischt, bei Tage unsere verbotene Gruppenarbeit so geordnet wie möglich durchzuführen suchten.

Um sich während der Kriegsjahre im Nazi-Polizeistaat als Illegaler überhaupt mit einiger Freiheit bewegen zu können, kam es, bei Zunahme der Razzien in Zügen, Bahnhöfen und Verkehrsknotenpunkten, entscheidend auf die Qualität der ohnehin gefälschten Ausweispapiere an. Man brauchte einen Personalaus-

weis und einen Arbeitsausweis. Von den zweien war die Arbeitsbescheinigung immer noch leichter zu fabrizieren. Ich selbst führte beispielsweise eine von uns abgefaßte maschinengeschriebene und mit Unterschrifts-schnörkeln versehene „Beglaubigung“ der chemischen Fabrik „Templer Werke AG“ bei mir, für deren Herstellung mir Ewo eine Anzahl der Firmen-Briefbögen besorgen konnte. Jede Nachfrage in dieser Fabrik hätte allerdings den Schwindel aufgedeckt. Doch sollte mir dies Papier — neben meinem falschen Paß — einmal wenigstens einen großen Dienst erweisen. An jenem Septembertag 1943, dem Vorabend des Rosch-Haschanah, der unseren Poldi Freiheit und Leben kostete, trieb es mich nach einer ungemütlichen „Straßennacht“ um 6 Uhr früh in den Wartesaal des Lehrter Bahnhofes zum Wärmen. Während ich dort Zeitung lesend sitze, klopf mir plötzlich jemand energisch auf die Schulter: „Ihre Papiere!“ Ich sprang mit einem längst zur Gewohnheit gewordenen „Heil Hitler!“ auf und wies zunächst meinen falschen Paß vor, an dem der Beamte auch nach Bildvergleich nichts auszusetzen fand. „Wo arbeiten Sie?“, wollte er dann wissen. Als ich ihm nun die „Bescheinigung“ der Templer-Werke vorzeigte, schnauzte er mich an, ob mir unbekannt sei, daß sich in Wartebäumen von Bahnhöfen nur Reisende mit Fahrkarten aufhalten dürften. Zu meinem Glück vermochte ich ohne Zögern vorzubringen, daß ich ja auf dem Wege zur Fabrik sei, mein Wecker mich aber eine Stunde zu früh geweckt hätte und ich hier nur die Zeit bei einem Kaffee verbringen wollte. Mit einem barschen „Lassen Sie das künftig, Heil Hitler!“ wandte mir, zu meiner unendlichen Erleichterung, der Mann den Rücken. Als ob es noch einer besonderen Illustration der Gefahr bedürft hätte, der ich da entronnen war, konnte ich wenige Augenblicke danach beobachten, wie der gleiche Beamte von einem anderen Tisch einen Warteraum-Passanten abführte. Ungleich schwieriger als die Beschaffung von Arbeitspapieren war die der Personalausweise. Für die Jüngeren aus der Gruppe, die noch nicht in militärpflichtigem Alter standen, ließ sich das Problem vergleichsweise leicht lösen. Manche von ihnen besaßen noch ihre Ausweispapiere von Siemens. Solche Ausweise enthielten ein Lichtbild ihres Besitzers und reichten daher auch als Personalausweise aus. Anfänglich besaß auch ich solch einen Ausweis mit Photo, der auf den Namen „Heinz Joachim“ ausgestellt war. Eine Weile genügte auch Bildausweise der Post, mit denen man sich an jedem Postamt Sendungen abholen

konnte. Diese Papiere ließen sich ziemlich mühelos besorgen. Ähnliches galt für Monatskarten der Bahnen. Doch wurden all solche Ausweise bald nicht mehr anerkannt. Nichts ging natürlich über den Besitz eines Reisepasses, der jedoch ebenso schwer zu beschaffen wie kostspielig war. Durch Ewos Vermittlung kam ich für 50 Mark an den abgelaufenen Reisepaß eines „Halbariers“, Ernst Hallermann, der uns noch manches Mal in praktischen Fragen illegaler Lebensführung gute Ratschläge gab. Ein als „Mischling“ getarnt lebender jüdischer Graphiker, Samson Schönhaus, arbeitete in Ewos Wohnung mein Bild in diesen Paß ein. Wie gut er seine Arbeit gemacht hat, zeigt der erwähnte Vorfall am Lehrter Bahnhof. Von da ab nannte ich mich in einem bestimmten Kreis meiner „Helfer“ nun also Ernst Hallermann. Als ich gegen Ende meiner Illegalität einen der besonders teuren und begehrten Wehrmacht-Pässe erhielt, wurde ich zum „Ingenieur Werner Obst“. Illegal konnte man überhaupt nur mit angenommenen Namen existieren; mehrere Namen abwechselnd führen zu können, bedeutete eine zusätzliche Absicherung. Doch erforderte das von einem ständig angespannte Wachsamkeit, da man sich jederzeit genau zu erinnern hatte, unter welchem Namen man jeweils bekannt war.

Gefährlich blieben für uns immer die von der Gestapo zur Fahndung nach Untergetauchten eingesetzten halb-jüdischen Spitzel. Zusätzlich trieben sich genug Nazis herum, die es sich aus Überzeugung zur persönlichen „Aufgabe“ gemacht hatten, illegale zu fangen. So hatten wir uns in gleichem Maße vor denen zu hüten, die die Jagd auf uns für Geld betrieben — oder dies als „Jäger vom Dienst“ beruflich taten. Der Schnurrbart, den ich mir hatte wachsen lassen, wie auch die Veränderung der Brillenform dienten ebenso meiner Tarnung wie das Tragen des Parteiabzeichens und anderer Nazi-Vereinszeichen. Es empfahl sich, eine Nazi-Zeitung sichtbar bei sich zu tragen, Leuten, die einen ansprachen, sogleich mit dem Hitler-Gruß zu antworten, überhaupt sich forsch zu geben und bei gewissen Begegnungen stramme Grußhaltung einzunehmen. Den primitiven Typus unter den Deutschen beeindruckte das. Es kam uns anfangs schwer genug an, die Symbole und Ausdrucksweise der Verfolger und Mörder anzunehmen. Die Todesgefahr jedoch, in der wir fortdauernd lebten, ließ uns rasch solche Hemmungen überwinden.

Die Beschaffung von Lebensmitteln wurde für uns — wie dann auch für die ganze Bevölkerung — in den letzten Kriegsjahren immer

problematischer. Gab es anfänglich noch Helfer, die uns zum Essen einluden — und wie froh empfand man die rare Gelegenheit einer rechten Mahlzeit am Familientisch! — oder uns etwas Eßbares zusteckten (was wir immer unter uns aufteilten), die Kriegsverhältnisse engten diese Möglichkeiten mehr und mehr ein. Furcht wie zunehmende eigene Beschränkungen deutscher Helfer ließen die Zuwendungen an uns immer seltener werden. Hierbei ist mitzubedenken, daß unter Einwirkung der Bombardements eine wachsende Zahl der Bewohner Berlin verließ. Die zum Einkauf von Nahrungsmitteln unumgänglichen Lebensmittelkarten, die seit Oktober 1942 den Juden für Milch, Eier und Fleisch entzogen waren, konnten wir bis zur Judenliquidierung vom Februar 1943 immer noch irgendwie aufreiben. Zu späterem Zeitpunkt gab es sie nur noch auf dem Schwarzen Markt. Dafür fehlte es mir selbst immer an Geld. Solange Ewo noch in Freiheit war, besaß sie den Mut, meine „offizielle“ Lebensmittelkarten-Serie an der zuständigen Ausgabestelle abzuholen. Da ich mich der Deportation entzogen hatte, erschien mein Name dort weiter in den Listen. Doch lebten wir in ständiger Furcht, daß mir da eine Falle gestellt werden könnte, um mich zu erwischen.

Bis zur endgültigen Liquidierung konnten die Gruppenmitglieder noch gelegentlich bei Verwandten essen, obschon der Aufenthalt von Illegalen bei Juden für die Gastgeber besonders gefährlich war. Ich habe zeitweilig zweimal in der Woche abends bei meinem Vater eine warme Mahlzeit einnehmen können — illegal beim eigenen Vater! —, der noch „legal“ blieb, solange er die Zwangsarbeit in der Fabrik leistete. Da ich jedoch den Judenstern nicht mehr trug, hatte ich beim Hinaufsteigen in seine Wohnung jedesmal meine Aktentasche so vor dem Körper zu halten, daß die Anwohner bei diesem Anstieg zur 4. Etage nicht etwa das Fehlen des Sterns bemerken könnten. Denn wie durfte ein Jude *ohne* Judenstern die Wohnung eines Juden aufsuchen! Niemals getraute ich mich beim Vater länger zu bleiben als die für das Speisen erforderliche Zeitspanne. Und jeder Abschied erschien uns wie der letzte. Die große Schlußdeportation nahm uns mit meinem Vater auch viele andere Freunde und Versorger. Essen reduzierte sich oft auf Brot oder auf das minderwertige Zeug, das es noch ohne Karten in Restaurants gab. Wer Nachtquartier hatte, suchte Mahlzeiten zu verschlafen.

So eingeschränkt wir auch lebten, Geld war selbst für diese Lebensführung vonnöten. Wir

mußten etwas zum Essen kaufen, Kleidungsreparaturen vornehmen, auch den Caféhauseaufenthalt zum Wärmen bezahlen können. Dazu kamen Ausgaben für Zeitungen, Fahrgelder, Wäsche und Friseur. Da wir zudem nicht gänzlich auf die Erfüllung kultureller Wünsche verzichten mochten, erforderten auch die Opern- und Theaterkarten für die Gruppe Geldmittel. Zu Beginn der Illegalität besaßen wir noch gewisse Reserven. Schließlich lebten wir, als auch kaum noch Helfer für uns etwas zu tun vermochten, von Gelegenheitsarbeiten, vorwiegend in Haushalten, da das mit geringem Risiko verbunden war. An Beschäftigung in Betrieben, für die wir uns nicht hätten ausweisen können, war natürlich gar nicht zu denken. Wie gefährlich Beschäftigung selbst in einer kleinen Werkstatt war, zeigt das von mir gegebene Beispiel unseres armen Alfred. Zu meinen Gelegenheitsverdiensten, die unsere Gruppe nun über Wasser halten mußten, gehörte u. a. auch der im Büro eines Adressenverlags, in dem Ewo Arbeit hatte und wo sie mich als ihren Bruder einführte, aus Furcht vor dem Betriebs-Portier, einem überzeugten Nazi. Andere kurzfristige Zufallstätigkeiten aus dem letzten Abschnitt meines ruhelosen Wanderlebens sind meinem Gedächtnis entfallen.

Keine von all unseren Helfern in der Not hat sich meinem Gedächtnis so tief eingepreßt wie die evangelische Theologin Berta Gerhardt, wohl die bedeutendste Persönlichkeit aus dem Kreise derer, denen wir Unterstützung und Zuspruch in gefahrvoller Existenz verdanken. Die von Herzen fromme und kluge Frau hatte aus Widerwillen gegen das Naziregime ihr Amt als Direktorin eines Berliner Mädchen-Gymnasiums niedergelegt und lebte fortan zurückgezogen in ihrem Häuschen in Zepernick bei Berlin. Ich kam in körperlich sehr geschwächtem Zustand zu ihr, was sie nicht nur veranlaßte, mich für längere Zeit in Pflege zu nehmen, sie brachte sogar einen befreundeten Arzt zu meiner gründlichen Untersuchung herbei. Zu der mir verordneten „Kur“ gehörten lange Waldspaziergänge in Oranienburg, begleitet von meiner Wirtin. Nicht so sehr der Zauber stiller Herbsttage wie die einzigartige Gabe dieser Frau, durch ihren Zuspruch mich die Widerwärtigkeiten des Lebens vergessen zu lassen, erhalten mir diese Friedensstunden in fortdauernder Erinnerung. Zu den unvergeßlichen Eindrücken gehört ein Freitagabend, an dem meine Betreuerin mich damit überraschte und erschütterte, als sie in ihrem Wohnzimmer zwei Schabbath-Kerzen für mich entzündete, um dann, nach Anhören

meiner hebräischen Gebete, zu ihrem Gesangbuch zu greifen, mir einige von den frommen Gesängen Paul Gerhardts, ihres Vorfahren, vorzulesen. Eine von den mit dessen Versen bedruckte Karte aus ihrem Besitz, die sie mir

schließlich zum Abschied gab, wurde zum stärkenden Begleiter für mich in der Schlußphase meiner Illegalität. Noch heute ziert diese Karte — neben den Worten des „Schma' Jisrael“ — meine häusliche Zimmerwand:

„Nun weiß ich und glaub ich's feste
Und rühm's auch ohne Scheu:
Daß Gott der Höchste-Beste
Mein Freund und Vater sei.
Und daß in allen Fällen
Er mir zur Seite steh.
Er lindert Sturm und Wellen
Und was mir bringet Weh.“

Die illegale Jugendgruppe — der letzte Halt

Zurückblickend erscheint mir heute meine Tätigkeit als Lehrer und Jugendführer zwischen 1939 und 1941 als die fruchtbarste Periode, als die Zeit dankbarster Aufgabe jedoch die anderthalb Jahre, in denen ich für meine illegale Jugendgruppe lebte. Das abgeriegelte Dasein der Juden in feindlicher Umgebung seit Beginn der Naziherrschaft wirkte sich bei der jüdischen Jugend dahin aus, daß die Schule — solange sie noch zugelassen war — und der Jugendbund ihr die einzig ertragbare Welt wurden. Mit Zunahme der Verfolgungen, gewiß aber in den Jahren der Illegalität wurde die Gemeinschaft im Bund überhaupt das Einzige, was ihnen Lebensfreude, ihrem Dasein noch Sinn geben konnte. In ihren Elternhäusern herrschte meist nur noch Verzweiflung. Diese Jugendlichen, oft doch noch Kinder, schufen, als sie durch Deportation der Angehörigen schließlich jedes gesicherte und vertraute Heim verloren, in verstohlenen Zusammenkünften unter den Bäumen des Grunewalds eine frohe Welt für sich allein, aus dem gemeinsamen Studium der Bibel, der jüdischen Geschichte oder der Geographie und Sprache des fernen Heimatlandes der Freiheit, das sie zu erreichen hofften.

Von Anfang an, als im März 1943 in der Wohnung von Ewo sich erstmals die kleine illegale Gruppe versammelte, die bis zum Ende zusammenhielt, stellten wir alles darauf ab, neben der physischen Versorgung diesen jungen Menschen geistige Schulung und das Bewußtsein, Teil einer lebendigen jüdischen Gesamtheit zu sein, zu vermitteln. Wir halfen ihnen, miterlittenes Judenleid in den Willen zu verwandeln, eine glückliche jüdische Zukunft vorzubereiten. Die kleine Schicksalsgemein-

de, die wir bildeten, nannten wir „Chug Chaluzi“ (Pioniergruppe), zum Ausdruck des Zieles, uns für den Aufbau eines freien jüdischen Staates zu erhalten und vorzubereiten.

Von besonderem Wert für Inhalt wie Form der Arbeitszusammenkünfte unseres illegalen „Chug Chaluzi“ erwies sich unsere bündische Tradition vergangener „normaler“ Jahre. Der Bund hatte in der Jugendbewegung nie einen Selbstzweck gesehen, sondern eine Vorbereitung auf das Leben. Diese Erziehung bewährte sich nun im Untergrund-Dasein der Jugendlichen. Selbst wenn man jedoch sagen könnte, wir hätten damals in längst vertrautem Rahmen, mit gleichem Programm und gleichen Formen, die „gewohnte Arbeit“ des Bundes fortgesetzt — und unter welch schweren Bedingungen hatte das nun zu geschehen! Für jede Woche war das Aktionsprogramm im voraus bis ins Kleinste genau festzulegen, wobei neben das Lernpensum, einschließlich pfadfinderischer Übungen als Erfordernis der prekären Lebenslage jedes einzelnen von uns, eine detaillierte Planung der Quartiere und Regelung der physischen Versorgung zu treten hatte. Die Zusammenkünfte waren zu fest verabredeten Zeiten an vorausbestimmten Plätzen abzuhalten, denn nur durch präzise Festlegung im Vorherein bot sich dem Gruppenmitglied die Gewähr, den Anschluß an die nächste Veranstaltung zu finden, falls es irgendwann einmal zu einem Treffen nicht erscheinen konnte. Pünktliche Teilnahme an diesen Gruppen-Beggnungen wurde schon deshalb jedem zur Pflicht gemacht, weil Ausbleiben ohne Nachricht über seine Ursache uns ja zu Nachforschungen veranlassen mußte, die unter den gegebenen Verhältnissen immer riskant blie-

ben. Es hat aber nie jemand ohne guten Grund eine Zusammenkunft versäumt, die doch für jeden Teilnehmer die Erholung von der Isoliertheit und Ermutigung angesichts eines immer ungewissen Morgen bedeutete. Die zunehmende Intensität der Luftangriffe auf Berlin und die Verkehrsunterbrechungen durch Fliegeralarme erschwerten unsere Verabredungen. So machten wir miteinander aus, daß bei eventuellem Zusammenfallen eines Alarms mit einem unserer Verabredungstermine automatisch unser Treffen eine Stunde nach der Entwarnung am vorbestimmten Orte stattfinden sollte.

So verhältnismäßig einfach es für uns war, den jeweiligen Plan für den Inhalt unserer Kurse und Schabbath-Feiern oder ein Wanderungsziel, ein Theater- oder Opernprogramm zu bestimmen, so schwierig erwies sich jedesmal die Festlegung des Verabredungsortes. Sommerliches Wetter erleichterte das: dann konnten wir irgendwohin ins Freie hinausgehen. So trafen wir uns zu Wanderungen an Sonntagen auf Vorortbahnhöfen, da in der Völkerwanderung eines Berliner Wochenendes eine so kleine Gruppe wie die unsere nicht auffiel. Bei gutem Wetter hielten wir auch die Lernveranstaltungen am liebsten im Walde ab, zumeist im Grunewald oder in Pichelsberge. Die Höchstentfaltung unserer illegalen Gruppenarbeit war in die Sommerzeit des Jahres 1943 gefallen, so daß uns erst später im Jahr bewußt wurde, welch erschwerender Faktor für gemeinsames Lernen das Klima sein würde. Auch im Sommer noch störten Regentage das Programm, der Herbst ließ diese Sorge belastender werden. Und als der Winter kam, trat zu dem Raumproblem die bedrückende Erfahrung des langsamen Zusammenschmelzens der Stammgruppe durch Verhaftungen. Neu hinzukommende Chawerim waren oft nicht in der Lage, mehr als vorübergehenden Kontakt mit uns aufrechtzuerhalten. Versammlungen in Wohnungen, zu denen das Wetter uns zwang, wenn wir denn doch auf die Gemeinschaft nicht verzichten wollten und konnten, nötigten uns strikte Verhaltensregeln auf. Selbstverständlich hatte zur Zeit des Beisammenseins äußerste Ruhe zu herrschen, so wie immer darauf zu achten war, daß die Fenster verhängt blieben. Lieder durften nur verhalten gesummt werden, unter Verzicht auf ihre Texte.

Mit Strenge regelten wir das Betreten und Verlassen dieser Wohnungen. Der „Fahrplan“ sah vor, daß jeweils nur zwei Personen innerhalb einer Viertelstunde ein Haus betreten

und verlassen durften. Für Konzert- und Theaterverabredungen galt die Vorsichtsmaßregel, daß höchstens zwei Chawerim nebeneinander zu sitzen erlaubt war. Ergab sich einmal, daß uns beim Kartenkauf nichts übrig blieb, als für eine bestimmte Veranstaltung mehrere Sitze für den gleichen Abend und in geschlossener Reihe zu erwerben — weil uns völliger Verzicht auf das Kunsterlebnis zu hart ankam —, verbot sich jedes Gespräch untereinander für die Dauer der Vorführung!

Nicht daß etwa die Verabredungen im Freien ohne beständige Beachtung von Sicherheitserfordernissen hätten ablaufen können. Wir trafen uns immer erst außerhalb der Stadt. Hatten wir einen ausreichend stillen Waldwinkel entdeckt, hockten wir im Kreise auf Baumstümpfen nieder und ergaben uns unseren Studien, zu denen auch Präparation künftiger Arbeitsgemeinschaften gehörte. Für die Mitbeförderung der unerläßlichen Bücher galt die allgemeine „Vorschrift“, sie nur in Aktentaschen zu tragen, für hebräische Lehrbücher noch die besondere Sicherungsanweisung, sie in eine Nazi-Zeitung einzuwickeln. Wir kehrten vor diesen Exkursionen gewöhnlich erst nach Anbruch der Dunkelheit in die Stadt zurück, durften uns daher, noch besonders geschützt durch die im Kriege geltende Verdunkelung aller Straßen und Häuser, die seltene Wohltat gestatten, die Heimfahrt gemeinsam anzutreten. Da all unsere Verabredungen zugleich der Nachrichtenübermittlung zu dienen hatten, gingen wir bald dazu über, die verätherischen Helfer-Adressen, Quartierangaben und ähnlich wichtige Meldungen in Vorbereitung zum Treffen auf (in eigens für solche Zwecke von uns abgewandeltem Morse-Code geschriebene) Zettelchen einzutragen, die wir uns dann während der Begegnung zusteckten.

Die uns wiederholt gelungenen ungestörten Wanderungen in der freien Natur erlaubten uns, in frohem Verein für halbe Tage zu vergessen, was der einzelne an Nöten während einer grauen Woche durchzustehen hatte. Selbst unsere früher erlernten Pfadfinderspiele kamen in diesen Waldgängen zu ihrem Recht. Zu den Wettbewerben, die wir veranstalteten, gehörte regelmäßige Fortführung des Erlernens hebräischer Vokabeln, ebenso wie die Pfadsuche anhand der von mir vorbereiteten Wegskizzen, die dann von den erfolgreichen Findern vorbestimmter Plätze zu ergänzen oder zu korrigieren waren. Auf diesen Ausflügen durften wir uns gar den Luxus des Badens und Schwimmens gestatten, konnten

endlich wieder einmal ungehemmt miteinander reden und Lieder *mit* ihrem Text singen. Dies allerdings hatte auch hier gedämpft zu geschehen, da wir auf den Wegen immer anderen Wandergruppen begegnen konnten. — Im Nachhinein erscheint mir unfassbar, woher wir damals den Mut nahmen, uns so oft regelmäßig zu treffen, die Lernpläne zu verwirklichen, Theaterabende und Feiertage gemeinschaftlich zu genießen, wenn ich das fortgesetzte Risiko bedenke, dem wir uns immer erneut dabei aussetzten. Es bleibt für mich auch ein Wunder, daß uns auf diesen Gruppentreffen niemals etwas zustieß. Dabei war doch jeder einzelne von uns dauernd bedroht von Denunziation, Razzia oder Haussuchung, denen ja auch mancher erlag.

Unser *Gruppen-Wochenprogramm* sah folgendermaßen aus: Für jeden Sonntag war eine Wanderung in Berlins Umgebung, mit Sport und Spiel verbunden, vorgesehen. An Montagabenden besuchten wir Konzerte und Theater. Jeden Dienstag fand der Hebräisch-Kursus statt, für die darin Fortgeschrittenen auch einer im Englischen. Mittwochs lernten wir Palästinakunde und zionistische Geschichte. Der Donnerstag galt dem Studium der Bibel und der Besprechung laufender Angelegenheiten. Der Freitag, einschließlich des Abends, blieb persönlichen Verabredungen vorbehalten. Am Schabbath bereiteten wir zunächst in gemeinsamer Lektüre den Montag-Besuch der künstlerischen Veranstaltungen vor. Dem folgte die Beschäftigung mit Kapiteln jüdischer Geschichte sowie eine Aussprache über „das interessanteste Thema der Woche“. Abschluß und Höhepunkt erreichte dieser Tag dann — wie in alten Bundestreffen — mit dem Oneg-Schabbath und der Hawdalah. Unsere Vorzugsbeschäftigung im Rahmen des Bibelstudiums galt dem Propheten Jeremia, dessen Aussage unseren Mut stärkte. Dazu lasen wir gern Teile aus Stefan Zweigs Drama „Jeremias“. In der jüdischen Geschichte versuchte ich, bei den Ervätern beginnend, mit der Zeit einen Überblick über die ganze Geschichte unseres Volkes zu vermitteln. Im Lehrfach Zionistische Geschichte beschäftigten wir uns vornehmlich mit den bedeutenden führenden Persönlichkeiten, in der Palästinakunde mit Geographie und Siedlungsgeschichte, hier vor allem auch der Kibbuzim. Der Unterricht im Hebräischen erwies sich dadurch als schwierig, weil die Sprachkenntnisse der Chawerim nach Alter und Bildung so verschieden waren. Wir teilten uns daher in zwei Gruppen auf und brachten es zu wirklichen Fortschritten in bei-

den. Für den Englisch-Unterricht, den teilweise Ewo gab, verfügten wir zum Glück über ausreichendes Lehrmaterial.

Zu unseren Schabbath-Veranstaltungen trafen wir uns, solange das anging, in den Wohnungen der Chawerim aus Mischehen, zumeist bei der Familie von Gad und Miriam Beck. Das Programm, von den Chawerim sorgsam vorbereitet, bestand aus Vorlesungen, Deklamationen und Liedern. Abschließend erzählte ich dann aus der Bundesarbeit früherer Zeit und bemühte mich sehr, den jungen Menschen ein Zukunftsbild der Freiheit zu übermitteln, um in ihnen den Mut zum Durchhalten zu stärken. In diesen Gesprächen mit den Jungen mieden wir selbst aktuelle Themen wie „Falsches und wahres Führertum“ nicht und erhellten sie durch Beispiele aus der jüdischen Geschichte. Nichts blieb unversucht, zugleich auch die Allgemeinbildung des Kreises zu fördern. So referierte Ewo einmal über das Esperanto als einem internationalen Verständigungsmittel, andere Chawerim trugen aus ihren Studien über Sozialismus und materialistische Geschichtsauffassung vor. Den Abschluß bildete immer die Hawdalah im Stehen. Die zum Teil doch aus ganz assimilierten Häusern stammenden Jungen wetteiferten darin, es so weit zu bringen, diese Segnung des Schabbath-Ausganges frei vortragen zu können. Unser unglücklicher Poldi schaffte das, da ihm das Hebräische wie das Lernen überhaupt besonders schwerfiel, erst wenige Tage vor seiner Verhaftung. Er war dann derart beglückt darüber, daß Gebet zu beherrschen, daß er mir danach ein Briefchen übergab, in dem er sich bei mir für seine Förderung bedanken wollte und zugleich darum bat, ihm doch noch Extrastunden im Hebräischen zu geben, damit er rascher vorwärts käme. Wenige Tage danach wurde ihm, und uns, die Hoffnung zerschlagen.

Konnte uns schließlich keine der befreundeten Familien mehr zu Schabbath aufnehmen und fand sich dann auch gar kein schützender Raum mehr für unsere Feier, suchten wir uns ein einsames Plätzchen in einem Park oder einen abgelegenen Ort an den Ufern der Spree. So gut es gehen wollte, wurde das „Pensum“ des Tages unter allen Bedingungen erfüllt. Die Hawdalah durfte niemals dabei fehlen. Sie mit der gebotenen Vorsicht auch im Freien durchzuführen, stellte ein Problem dar. Daß es uns dafür zumeist an den herkömmlichen Utensilien und Gewürzen für die Zeremonie mangelte, ließ sich durch Kräuter, die wir am Wege fanden und zerrieben, ausgleichen. Den Wein

für den Segen hatte Kognak zu ersetzen, von dem immer ein Fläschchen als Stärkungsmittel für Erschöpfte mitgeführt wurde. Aber wir durften die Hawdalah-Kerze nicht entzünden. Es vertrat sie eine Taschenlampe, die der Verdunkelung der Stadt wegen zu jedermanns notwendigen Begleiter gehörte. Eng im Kreise um sie gedrängt, ließen wir sie kurz aufleuchten und sprachen den Segen für Gott, der das Licht erschuf. Einen gewichtigen Bestandteil der planmäßigen Zusammenkünfte des „Chug“ bildeten die Gottesdienste. Mir erschien von unverzichtbarer erzieherischer Bedeutung, das, was einst gemeinsames Gebet bündischem Leben und der Atmosphäre der Jual-Schule einzuflößen vermocht hatte, gerade in der illegalen Notgemeinde fortzuführen. An den hergebrachten wöchentlichen Gottesdiensten am Freitagabend und Schabbath festzuhalten, verboten die gefährlichen Umstände. Um so intensiver begingen wir die jüdischen

Feiertage, die unter den gegebenen Verhältnissen auch den aus assimilierten Familien stammenden Chawerim zu aufrichtigem Erleben wurden. Den Rosch Haschanah 1943 verbrachten wir gemeinsam bei der Familie Beck, den anschließenden Jom Kippur in der kleinen Wohnung von Ursel Littmann. Bei den Becks bildete ein Tisch mit Kerzen darauf die feierliche Mitte unseres betenden Kreises. In der Kellerwohnung der Littmanns umstanden wir den ganzen Versöhnungstag ein rundes Tischchen. Die Andacht dieser Stunden stiller Konfrontation unseres Häufleins mit seinem Gott und jedermanns Geschick vertiefte sich noch durch das Gedenken an die uns genommenen Angehörigen und Freunde. Für die unserer eigenen Gruppe entrissenen Chawerim sprachen wir vor jeder Hawdalah und an jedem Feiertage Gebete, für jeden verlorenen Freund gesondert, zu unserem Schmerz in ständig wachsender Anzahl.

Das Netz droht sich zuzuziehen

Schon wenige Monate nach dem definitiven Ende alles „legalen“ jüdischen Daseins im Dritten Reich verdichtete sich um unsere kleine Gemeinde der Schatten physischer Bedrohung immer rascher. Ohnehin hatten wir stets gewärtig zu sein, daß, bei unabsehbarer Fortdauer des Naziregimes und zunehmender Verschlimmerung der Kriegsauswirkungen, das Netz der Gefahr sich dichter und dichter um uns ziehen würde. Und wenn schon manche illegal lebenden jungen Einzelgänger, die kaum eine Möglichkeit fanden, Kontakt mit uns zu halten, schwerlich die Chance besaßen, für längere Zeit der Entdeckung zu entgehen — für uns, die wir uns durch alle nur ausdenkbaren Regeln der Gruppendisziplin und der gegenseitigen Hilfe zu erhalten mühten, lief die Uhr zähe verteidigter Freizügigkeit immer hörbarer ab. Die im Juni erfolgte Verhaftung von Edith Wolff wirkte sich für Wochen auf unsere Gemeinschaftsarbeit und die Gemütsverfassung der einzelnen fast lähmend aus. Die Selbstverständlichkeit, mit der Ewo von Anfang an, ohne jede Rücksicht auf ihre Selbsterhaltung, sich für die Nöte und Bedürfnisse eines jeden, der sie um Hilfe anging, waghalsigen Manövern ausgesetzt hatte, wurde zum unmittelbaren Anlaß ihrer Festnahme. Monate hindurch hatte sie für unsere Chawerah Hilde Laubhardt-Rosenthal, die mit ihrem Manne mit gefälschten Papieren im Rheinland Unterschlupf fand, weiterhin in

Berlin Lebensmittelkarten besorgt, bis es der Gestapo auffiel, daß da jemand, weit weg von Berlin, Karten mit dem Aufdruck „Ernährungsamt Berlin“ verwendete. Die Laubhardts wurden festgenommen und gaben, gewiß infolge wochenlanger Folterungen, schließlich den Absender der Karten an.

Ich konnte nun Ewo in stundenlanger Nachtdebatte nicht dazu bewegen, sich gleich uns durch Untertauchen der Vorladung zu entziehen. Rücksichten auf ihre Mutter wie auch ihre persönliche Aversion gegen die dann notwendige Tarnung als „echte“ Nazi ließen sie den Vorschlag abweisen. Ernst Hallermann, dem ich eines meiner Ausweisepapiere verdankte, und ich begleiteten Ewo bis zum Bahnhof Börse in die Nähe des gefürchteten Gestapo-Hauses „Burgstraße“. Für eben diesen 19. Juni war eine unserer Studien-Verabredungen im Grunewald angesetzt, die ich nicht absagen wollte. Doch bedurften wir, auf den warmen Waldboden gelagert, längerer Zeit, um aus unserem wortlosen Kummer zu der programmäßigen Arbeit zurückzufinden. — Wir konnten damals nicht ahnen, daß Ewo ein zweijähriger Leidensweg durch siebzehn Konzentrationslager und Strafanstalten, bis fast nach Auschwitz, vorstand. Durch ihre Mutter (der Vater befand sich damals bereits in Auschwitz), die sogar wiederholte Besuche bei der Gestapo nicht scheute, erhielten wir noch

gelegentliche Nachrichten aus Arbeitslagern, die uns wenigstens wissen ließen, daß Ewo lebte. Ihre Verhaftung und die anschließende Haussuchung der Nazis in der Wolffschen Wohnung zwang uns, dies vertraute Heim fortan zu meiden.

Nach meiner geglückten Flucht in die Schweiz, dreiviertel Jahr später, erwirkte ich für Ewo mit Unterstützung von Nathan Schwalb, dem Leiter des Europa-Büros des „Hechaluz“ in Genf, die Ausfertigung eines Ausländerpasses. Schwalb konnte ein mit ihrem Bild versehenes Staatsbürgerpapier von der Gesandtschaft von El Salvador beschaffen, das dann auf Umwegen richtig in die Hände von Ewos Mutter gelangte. Erst viel später wurde mir bekannt, daß die Mutter ihrer Tochter den Ausweis nicht zuzustellen wagte, aus Furcht, die Gestapo würde sie dann nur noch grausamer behandeln.

Ende dieses gefährvollen und entbehrungsreichen Jahres 1943 war mit selbst noch eine kurze Erholungspause vergönnt, als ich mich entschloß, der in wiederholten Briefen ausgesprochenen Einladung zweier ehemaliger Schüler zu folgen. Eva und Herbert Warburg, 14 und 16 Jahre alt, lebten sozusagen als auswärtige Mitglieder des „Chug“ mit ihrer Mutter in Nordhausen am Harz. Ihr Vater war schon in Auschwitz umgekommen, während Frau Warburg, zum Judentum übergetreten, als „jüdisch Versippte“ mit ihren zwei Kindern ein prekäres Dasein in dieser Kleinstadt weiterführen konnte. Die Kinder, als „Geltungsjuden“ eingetragen, hatten den Judenstern zu tragen. Das Mädchen traute sich mit dem Abzeichen überhaupt nicht aus der Wohnung. Der Bruder hingegen wurde gezwungen, mit dem Stern auf der Jacke die Straßen von Nord-

hausen zu kehren. Die Drei lebten in so erbärmlicher Isolierung, daß ich ihnen den Wunsch nicht abschlagen mochte, ihnen, sei es auch nur für einige Tage, Gesellschaft zu leisten. Als Termin für die Hinreise erschien mit die Zeit des starken Weihnachtsverkehrs auf den Eisenbahnen am geeignetsten. Damals besaß ich bereits, in Vorbereitung der Flucht ins Ausland, einen Militärpaß und einen Reiseausweis unter neuem Namen, Papiere, ohne die das Bahnfahren gar nicht mehr statthaft war. Der zehntägige Aufenthalt in Freundeshaus, mit festem Schlafplatz anstelle nächtlichen Quartierwechsels und mit regelmäßiger Verpflegung, erbrachten mir die Kräftigung, die ich für das mir bevorstehende Abenteuer so dringend benötigte. Denn für Januar 1944 plante ich die Flucht. Mit Frau Warburg, die gelegentlich in Berlin zu tun hatte, fuhr ich dorthin zurück, was sich bald als eine Unvorsichtigkeit herausstellte, die mich zwang, andere Papiere zu nehmen. Vier Tage nach meiner Rückkehr erreichte mich bei den Quartierleuten Szimke eine Botschaft aus Nordhausen mit der Warnung: „Benutze die alten Bücher nicht mehr und besuche Tante Berta!“ — „Bücher“ war unser Code-Wort für Ausweispapiere, „Berta“ — das hieß Frau Gerhardt. Als ich zu ihr kam, setzte sie mich davon in Kenntnis, daß Frau Warburg bei der Heimkehr ihre beiden Kinder in heller Aufregung vorgefunden habe. Sie waren nach meiner und der Mutter Abfahrt zur Gestapo geholt und dort befragt worden, wer der Jude sei, der bei ihnen gewohnt habe. Auf ihre Aussage hin, der Mann sei kein Jude, sondern ein ihnen sonst unbekannter Freund ihres verstorbenen Vaters, wurden die Kinder zwar auf freien Fuß gesetzt, jedoch begannen die Nazis nun nach mir zu fahnden.

Flucht in die Schweiz

Der Gedanke der *Flucht aus Deutschland* war schon bald nach Kriegsausbruch in Bundeskreisen diskutiert worden. Man war aber in Berlin bis zum Beginn unserer Illegalität zu keinerlei praktischen Schlüssen gelangt. Nach der Besetzung der größten Teile des europäischen Festlandes durch die Deutschen blieben eigentlich nur zwei Länder für eine Flucht übrig: Schweden und die Schweiz. Als mit dem Jahre 1943 die Hoffnungen auf ein baldiges Ende der Schreckensherrschaft zu schwinden begannen, unsere Lage sich zugleich immer unerträglicher gestaltete, erwog der „Chug“ in Gesprächen mit den ihm verbliebenen Helfern

zunächst ein Entkommen nach Schweden, als dem näher gelegenen Lande. Unsere Jungen zeigten sich durchaus bereit, auf den kleinen Fischerbooten, die angeblich für solche Zwecke zu finden waren, die Flucht über das offene Meer zu riskieren. Als über diese Möglichkeit ebenso wenig Greifbares festzustellen war wie über einen Landweg nach Norden (durch Schleswig und das besetzte Dänemark, dann über den Sund), gaben wir die Planung in dieser Richtung auf.

Den aus verschiedenen Gründen wesentlich schwierigeren, auch gefährlicheren Fluchtweg

in die Schweiz begannen wir erst im Oktober ernsthaft ins Auge zu fassen, als sich uns, durch Verwendung der gütigen Frau Gerhardt, seine tatsächliche Durchführbarkeit zeigte. Sie verwies uns an eine Frau Meyer, eine strenggläubige Katholikin, Villenbesitzerin im Grunewald. Wir erfuhren, daß sie schon an die dreißig Juden in die Schweiz hatte retten können. Die Frau empfing mich in schwarzer Trauerkleidung. Nach den Motiven für ihre Hilfsbereitschaft von mir befragt, erklärte sie in schlichter Würde, sie habe beide Söhne als Offiziere an der Ostfront verloren. Zugleich mit dem tiefen Schmerz um diesen Verlust verfolge sie nun ständig die Vorstellung, die beiden seien womöglich irgendwie in die Judenmorde verwickelt gewesen. Für das Seelenheil der gefallenen Söhne, aber auch zur Linderung der eigenen Bedrücktheit über das furchtbare Geschehen habe sie sich entschlossen, jeden ihr möglichen Beitrag zur Rettung von Juden zu leisten. Es war ihr gelungen, als geeignete Grenzübergangshelfer einige Bauern zu gewinnen, welche Ländereien im badischen Singen am Hohentwiel, dem Schweizer Kanton Schaffhausen gegenüber, besaßen. Verschlüsselte Telegramme, die sie mit jenen vereinbart hatte, meldeten jeweils das Eintreffen von Flüchtlingen, die dann von den Bauern zur Grenze geleitet wurden.

Nur gab es für den, der diese Rettungsmöglichkeit nutzen wollte, zwei ernsthafte Schwierigkeiten: Die Bauern ließen sich jede „Grenzüberführung“ mit 6 000 Mark bezahlen, und außerdem brauchte man besondere Papiere, wie sie zu der Zeit für Bahnfahrten unerlässlich waren, deren Beschaffung auch eine Menge Geld kostete. Auf diese Eröffnung hin erklärte ich Frau Meyer, daß die Forderung der Bauern irgendwie erfüllbar sein dürfte. Jedoch sei mir schleierhaft, wie wir an die für eine Flucht erforderlichen Ausweispapiere kommen sollten. Auf dem Heimweg noch wurde mir jene Hilfe von oben zuteil, die in letzter Not kaum jemals ausblieb. Auf der stillen Vorortstraße höre ich mich plötzlich mit „Jizchak!“ angerufen und sehe mich gänzlich verblüfft alten Freunden aus der Zeit meiner Tätigkeit im Lehrlingsheim der Reichsvertretung gegenüber: Heinz und Lucie Schacher. Das Paar berichtete mir vom eigenen Untergrundleben, aber auch über ihren festen Vorsatz zur Flucht, für deren Vorbereitung sie immerhin schon den Lieferanten von Pässen gefunden hätten. Es handelte sich um einen auf dem Militärflugplatz Staaken dienenden Unteroffizier Strunck, dessen Aufgabe darin be-

stand, Offizieren der Wehrmacht Dienstpapiere auszustellen. Für 4 000 Mark zeigte er sich aber auch gewillt, derlei Legitimationen für illegale Zwecke zu fabrizieren, wobei er so überlegt verfuhr, die falschen Ausweise immer auf die Personalien wirklich existierender Offiziere auszustellen, so daß sie dem Empfänger, selbst für den Fall von Rückfragen, weitgehende Sicherheit versprachen! — Ich konnte mich bei den Schachers für diese wertvolle Information durch die Mitteilung der Adresse von Frau Meyer revanchieren, mit deren Unterstützung die beiden nach wenigen Wochen wohlbehalten in die Schweiz gelangten.

Noch keineswegs sicher, wie ich mich in der Sache zu verhalten hätte, machte ich mich in die Augsburgener Straße zu der mir bezeichneten Wohnung des Unteroffiziers Strunck auf, der mich in Uniform empfing. Meinem Hinweis, der von ihm geforderte Preis sei für Menschen in meiner Lage unerschwinglich, begegnete er recht überzeugend, daß er bei diesem halbsbrecherischen Handwerk jederzeit seine Verhaftung zu gewärtigen habe. Dann sollte wenigstens für Frau und Kinder vorgesorgt sein. Er wisse übrigens, daß bisher all seine „Flucht-Kandidaten“ mit seinen Militärpässen durchgekommen seien, denn als besondere Rückendeckung habe er jedem auferlegt, bei Erreichung der Grenzposten den Ausweis per Post an ihn zurückzuschicken, was auch stets geschehen sei. Er riet, gleich Frau Meyer, aus Erfahrung dazu, immer zwei Personen zusammen auf die Fahrt zu schicken. Mir stellte er eine Partnerin schon nach wenigen Tagen vor, eine Frau Herta Wachsmann. Es erschien mir nahezu unglauwbüdig, wie es dieser korpolenten, typisch jüdisch aussehenden und jiddisch sprechenden Frau aus Polen seit der Verschleppung ihres Mannes und der Söhne im Jahre 1938 möglich gewesen war, jahrelang unbelästigt in Berlin weiterzueexistieren. Sie hatte die ganze Zeit unter Decknamen als „christliche“ Haushälterin eines Schneiders leben können. Es spricht für den Mut der einfachen Frau, geduldig dem Tage der Befreiung entgegenzusehen. Strunck führte sie als „Herta Müller“ ein. Er hatte ihr ein Militärpapier auf diesen Namen einer Funkerin bei der deutschen Luftwaffe zurecht gemacht. Nur der damals schon so akute Mangel an militärischem Hilfspersonal im Hinterlande, der zur Anstellung aller nur irgendwie brauchbaren Menschen führte, ermöglichte einer Frau vom Typ Herta Wachsmanns, sich mit Erfolg dieses PASSES zu bedienen!

In der nun folgenden Beratung der weiteren Schritte im „Chug“ kamen die Chawerim über-

ein, daß ich als der Älteste unter ihnen, und meines militärpflichtigen Jahrgangs wegen in dauernder Gefahr schwebend, als „Deserteur“ gestellt zu werden, als erster den Fluchtversuch machen müsse. Sollte er mir glücken, hätte ich sogleich den „Hechaluz“ draußen zu mobilisieren, die für die verbleibenden Berliner Freunde erforderlichen Mittel zur Flucht aufzubringen. Frau Meyer überredete die Bauern in Singen dazu, die als Bahnfracht vorausgesandten vier Koffer mit meinen Anzügen und meiner Wäsche anstelle Barzahlung zu akzeptieren. Die Kosten für meinen Paß brachten verschiedene Helfer auf. Strunck präparierte für mich einen Militärpaß auf den Namen Werner Obst, eines Ingenieurs bei der Luftwaffe. Die Vorkehrungen von Frau Meyer für Herta Wachsmann und mich legten den 12. Februar 1944 für die „Ausreise“ nach Singen fest. Am vorausbestimmten Abend bestieg ich den D-Zug nach Augsburg. Frau Wachsmann war nach Singen allein abgereist, wo wir uns am folgenden Morgen zu treffen hatten.

Dem glücklichen Zufall der Überfüllung dieses Zuges verdankte ich, daß die Kontrollbeamten nicht bis zu mir gelangten. Doch ganz ohne Schrecken kam ich dennoch schon in dieser Nacht nicht davon, da der Zug auf offener Strecke wegen eines schweren Luftangriffs in der Gegend plötzlich zum Stehen gebracht wurde. Wir hörten das Brausen der Bomber und sahen das Aufleuchten der Abwehrgeschütze durch die Wagenfenster. Im Anschlußzug Augsburg-Ulm folgte die nächste Bedrohung in Gestalt eines durch die Abteile gehenden Zivilbeamten, der die Ausweise kontrollierte. Doch da mich mein Paß als „Offizier der Luftwaffe“ auswies, ging er höflich grüßend davon. Im dritten Zuge, zwischen Ulm und Singen, schreckte mich noch einmal ein Beamter mit seinem „Heil Hitler — Ihre Papiere!“ auf. Ich vermochte mich gelassen zu geben, und auch er ließ mich in Ruhe.

Die ganze Nachtfahrt hindurch verfolgten mich die Besorgnisse um meine Flucht-Partnerin: ob sie Singen erreicht habe, und falls nicht, wie ich allein weiter kommen würde. Doch befreite mich ihr Anblick am Bahnsteig von Singen von diesen Zweifeln. Die nächste unangenehme Überraschung erwartete uns hier gemeinsam. Unvorhergesehenes heftiges Schneetreiben erschien den Bauern, die wir dort antrafen, als triftiger Grund zu einer Verschiebung des für sofort geplanten Abmarsches. Sie mochten sich nicht der Gefahr aussetzen, daß ihre Spuren bei der Rückkehr von der Grenze im Schnee sichtbar würden. Sie

verlangten vierundzwanzig Stunden Aufschub. Mit höchst gemischten Gefühlen richteten wir zwei uns also auf die so gefährliche lange Pause im Grenzort ein, vertrieben uns den Tag teils auf der Straße, teils in einem Caféhaus. Von dem Abend im Kino blieb mir gar nichts im Gedächtnis haften, wahrscheinlich habe ich einfach nichts „gesehen“. Für die Nacht beschlossen wir, zur Sicherheit an verschiedenen Plätzen Quartier zu nehmen. Ich brachte die Frau in ein Singener Hotel und fuhr dann die kurze Strecke nach Radolfzell zurück, in das Hotel „Zur Sonne“.

Die tragikomische Wirkung meines Betretens des Hotelspeisesaals hat sich in meiner Erinnerung eingegraben: Alle anwesenden Gäste verstummten, als sie da einen Mann im Militärmantel mit Wehrmachtreviers eintreten sahen, dem noch dazu das „Schwarze Corps“, die offizielle Zeitung der SS, sichtbar aus der Manteltasche hervorschaute! In dem letzten Kriegsjahr war die einstige Begeisterung der deutschen Bevölkerung für das Regime zu ängstlicher Bedrücktheit herabgesunken. Wenn man sich von Repräsentanten der Macht unbeobachtet glaubte, wagte man selbst in Gaststätten schon, offene Kritik zu äußern.

In diesem Saal aß ich mit meinen letzten Lebensmittel-Sondermarken für Wehrmachtangehörige ein solides Abendessen, keineswegs überzeugt, es wäre das nicht meine Henkersmahlzeit. Nach langer Zeit mich wieder in eigenem Raum und warmem Bett befindend, schlief ich dann in meinem Zimmer bald ein. Um 4 Uhr früh riß mich jäh ein hartes Klopfen und der scharfe Befehl „Gestapo, sofort öffnen!“ aus tiefem Schlaf. Um für alles Erdenkliche Zeit und Kraft zu sammeln, rief ich forsch zurück: „Sofort — warten Sie, ich ziehe mich nur an!“ Ich warf die Kleider um, schob rasch die Aktentasche unter das Bett und zog mit einem zackigen „Heil Hitler!“ die Tür auf. Die Bestimmtheit, mit der ich da den „deutschen Offizier“ markierte, dessen Paß sich als „in Ordnung“ erwies und der sogar die Frage, was ihn nach Radolfzell brächte, ohne Zaudern mit der (vorher von Frau Meyer angeratenen) Auskunft beantwortete, er käme zur Regelung der Unterkunft seiner ausgebombten Familie zu einem Bauern im Nachbardorf — sogar die Adresse nannte ich —, all dies genügte der Gestapo vollauf. Wieder war die drohende Gefahr gebannt. Einschlafen konnte ich dann allerdings nicht mehr, und es kostete mich größte Selbstbeherrschung, den späten Morgen abzuwarten und dann, wie selbstverständlich, im

Hotel noch meinen Kaffee einzunehmen, ehe ich nach Singen fuhr.

Frau Wachsmann hatte eine ereignislos ruhige Nacht verbringen können, und wir ertrugen nun zu zweit die elend langsam dahinschleichenden Stunden bis zur Abendverabredung mit den Bauern. Die holten uns, wie zur Wanderschaft mit Rucksäcken und Stöcken ausgerüstet, ab, und zu viert legten wir die letzte nun notwendige Personenzug-Fahrt nach Beuren-Büsslingen zurück. Vom Wagenfenster aus zeigten die Bauern auf den hellen Lichtstreifen wenige hundert Meter von der Bahnstrecke entfernt: die Schweiz! Das Land mußte erst später, laut Vertrag mit Deutschland, die völlige Verdunkelung einführen, damit nicht etwa einfliegende alliierte Bomber sich an dem erleuchteten Grenzstreifen orientieren könnten. Bei unserem Eintreffen im Bahnhof Beuren erklärten die Bauern uns, wir hätten nunmehr lediglich noch einen Kilometer Fußmarsch auf der Chaussee nach Büsslingen vor uns. Da sie wußten, daß auf dieser Endstrecke immer Kontrollbeamte erschienen, galt als Erklärung für unsere Anwesenheit der Besuch bei einem Bauern, der unserer ausgebombten Familie Unterkunft versprochen hätte. Außerdem sollte ich, falls wir angehalten werden würden, Frau Wachsmann als „meine Tante Herta“ vorstellen. Der starke Schneefall mag der Grund dafür gewesen sein, daß diese Nacht die Kontrolle ausblieb.

Im Dorfe angelangt, führten die beiden Bauern uns in eine offene Scheune, in der wir nach ihrer Anweisung unter Vermeidung jeden Geräusches zu warten hatten, da sie sich zunächst vergewissern mußten, ob die Gegend sicher sei. Die halbe Stunde, die bis zu ihrer Rückkehr verging, erlebten wir als halbe Ewigkeit, voll quälender Zweifel, ob wir nicht etwa hier im Stiche gelassen seien, und voller Erschrecken über jedes Stapfen in dem Schnee vorüberziehenden Dörfler. Unsere Grenzführer bedeuteten uns, ihnen nun schweigend zu folgen. Nach kurzem Marsch nahmen sie uns in einem tiefverschneiten Obstgarten die Pässe zur Rücksendung nach Berlin ab, ließen uns zur besseren Tarnung weiße Leinentücher überwerfen und beschrieben uns, mit der Erklärung, hier sei ihre Aufgabe abgeschlossen, den Weg, der uns nach ihrer Schätzung in etwa einer halben Stunde über die Grenze bringen würde. Der nun folgende Schlußmarsch in tiefer Dunkelheit über einen steilen Bergrücken, und anfänglich auch noch in Sicht- und Hörweite des letzten deutschen Grenzpostens, forderte unseren Nerven das

Letzte ab. Nicht nur wußten wir beide, daß die Grenze in dieser Gegend ganz unregelmäßig verlief, so daß des öfteren hier Flüchtende irrtümlich auf deutsches Gebiet zurück geraten und den Nazis in die Hände gelaufen waren. Wir wußten außerdem von Tausenden, die in der Vergangenheit von den Schweizer Grenzposten an die Deutschen ausgeliefert worden waren, weil nach den Worten der Schweizer Regierung „das Rettungsboot schon überfüllt“ sei. Was wir allerdings nicht wußten, war, daß seither die Empörung der Schweizer Öffentlichkeit die Einstellung dieser Maßnahme, die ja einem Todesurteil gleichkam, bewirkt hatte. Frau Wachsmann sank, am Ende ihrer Kräfte, bei diesem mühseligen Aufwärtstapsen im Finstern einmal tief in den Schnee ein. Es kostete mich alle Überredungskunst und Anstrengung, die fast Verzweifelte und ihr Gepäck bis zu dem fern vom deutschen Zollhaus gelegenen Abstieg weiterzuschleppen. Vor uns sahen wir ein Dorf. Am ersten Haus ließ ich die Frau hinter einem Baum warten und schlich vorsichtig vorwärts. Zu meiner unendlichen Erleichterung stand ich vor einem Plakatschlag mit der Ankündigung eines Festes des Turnvereins „HELVETIA“. Ich lief zu Herta zurück und rief: „Wir sind in der Schweiz!“ In unserem Glück umarmten und küßten wir uns. Aus vollem Herzen sprach ich den altjüdischen Segen: „Gelobt sei Gott, der uns leben ließ, uns erhielt und uns diese Zeit erreichen ließ.“

Endlich in Freiheit, setzte ich alle Kraft für die Rettung der in Berlin zurückgebliebenen Chawerim ein. Der umsichtige Nathan Schwalb vom „Hechaluz“ tat sein Bestes. Er nahm durch Kurier den Kontakt zu Gad Beck auf und strahlte vor Freude, als er mir die ersten Antworten von dort zeigen konnte. Die Berliner meldeten den Empfang der ihnen zugesandten Geldmittel für die Vorbereitung zur Flucht. Voller Ungeduld erwarteten wir nun das für den August angekündigte Eintreffen der ersten zwei Chawerim. Wir warteten einen ganzen Monat — sie kamen nicht. Sehr verzögert erreichte uns danach eine erste Nachricht aus Berlin, die zwar beinhaltete, daß alle Mitglieder des „Chug“ am Leben seien, zu unserem Entsetzen zugleich jedoch aussagte, daß jeder Fluchtversuch aufgegeben werden mußte. Es ergab sich, daß Beck entsprechend den Anweisungen von Schwalb weitere Untergetauchte in die Fluchtpläne eingeweiht hatte. Von diesen wurden zwei Frauen als erstes Paar für die Reise ausgewählt, die beide kurz vor Basel aus dem Zug heraus verhaftet wurden. Strunck

war ebenfalls gefaßt worden und wurde hinge-
richtet. Kurz danach brachte man Frau Meyer
ins Gefängnis. Doch überlebte sie das Kriegs-
ende und wurde befreit. Etwa zur gleichen
Zeit erlöste der Einmarsch der Alliierten auch
Ewo aus der letzten Station zweijähriger Ge-
fangenschaft, einem Zuchthaus in Lippstadt.
Schwalbs Verbindungen zu den Freunden in
Berlin brachen nicht mehr ab. Für die so be-
sonders harten Existenzbedingungen gegen
Kriegsende vermochte er sie mit ausreichen-

den Geldmitteln zu versorgen, die ihnen das
Durchhalten erleichterten. In der konfusen
Schlußphase immer heftigeren Bombarde-
ments und zugleich nachlassender Macht der
Nazis mußten die Geschwister Beck zeitweilig
noch Gefängnisstrafen ertragen, waren aber
nicht mehr in Lebensgefahr.

So sind am Ende alle Gruppenmitglieder, die
ich in Berlin verlassen mußte, in die Freiheit
gelangt. Die meisten von ihnen leben heute
glücklich in Israel.

Werner Nachmann: Ansprache an Papst Johannes Paul II. bei der Begegnung mit Vertretern der Juden in Mainz am 17. November 1980

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15-16/81, S. 3—4

Papst Johannes Paul II.: Ansprache an die Vertreter der Juden im Mainz am 17. November 1980

Aus Politik und Zeitgeschichte, B15-16/81 S. 5—6

Ernst Ludwig Ehrlich: Gedanken zur Papstrede an die Vertreter der Juden in Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15-16/81, S. 7—9

Die Mainzer Ansprache des Papstes an die Vertreter des Zentralrates der Juden in Deutschland steht im Rahmen einer neuen Zuwendung von katholischen und evangelischen Christen zu den Juden. Der Versuch, Judentum zu verstehen, kommt in einigen wesentlichen Erklärungen zum Ausdruck. In entschiedener Weise hat der Papst diese verschiedenen Deklarationen aufgegriffen und damit unter Beweis gestellt, daß es nicht nur um die Bekämpfung der Judenfeindschaft geht, sondern um ein brüderliches Miteinander.

Willehad Paul Eckert: Die Begegnung Papst Johannes Paul II. mit Juden in Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15-16/81, S. 10—15

Die Begegnung Papst Johannes Paul II. mit Juden am 17. November 1980 in Mainz anlässlich seines Deutschlandbesuches unterstreicht, daß das Gespräch zwischen Juden und Christen nicht Sache einiger Enthusiasten oder Spezialisten bleiben darf, sondern die Kirche als solche angeht. Die Ansprache, die der Papst bei dieser Gelegenheit hielt, muß im Zusammenhang mit den vorausgehenden Erklärungen des Zweiten Vatikanischen Konzils, der Gemeinsamen Synode der deutschen Bistümer und nicht zuletzt der deutschen Bischöfe vom Frühjahr 1980 gehört werden. Der Papst betont die Kontinuität der Entwicklung des Neuverständnisses des Verhältnisses der Kirche zu den Juden. In der Tat hat bereits das Zweite Vatikanische Konzil mit seiner Erklärung „Nostra aetate“ die Kopernikanische Wende gebracht, in dem es die fortdauernde Erwählung der Juden unterstrich und auf die Gemeinsamkeit von Judentum und Christentum hinwies. Aber eine Konzilserklärung wird erst wirksam, wenn sie von der Öffentlichkeit tatsächlich rezipiert wird. Der Weg, der zur Bewußtmachung des Neuen in der Konzilserklärung führte, war weit. Die späteren Hinweise sowohl Roms als auch der Gemeinsamen Synode sowie das Schreiben der deutschen Bischöfe stehen im Dienst der Bewußtmachung dieses Neuen. Papst Johannes Paul II. knüpfte sehr dezidiert an diese Lehrentwicklung an, um dann folgende Punkte hervorzuheben: Der Antisemitismus ist auch von den Christen mitverschuldet. Dies ist um so beklagenswerter, als wir Christen durch Jesus mit dem Judentum aufs engste verbunden sind. Dieses hat seine Lebendigkeit sich zu bewahren gewußt. Es ist darum nötig, das Gespräch mit dem heutigen Judentum zu führen. Und schließlich: Die Bindung der Juden an Israel darf den Christen nicht gleichgültig sein. Mit diesem Punkt ging Papst Johannes Paul II. weit über die vorhergehenden Erklärungen hinaus, die das Israelthema ängstlich ausgeklammert hatten, weil sie sich auf eine rein religiöse Aussage beschränken wollten. Papst Johannes Paul II. bewies in seiner Ansprache, daß Religion und Politik nicht zu trennen sind. Sein Respekt vor der Bindung der Juden an Israel ist freilich verbunden mit einer Anerkennung der Rechte auch der Araber auf ihr Land. Aufgabe der Christen ist es, zur Versöhnung beizutragen.

Jizchak Schwersenz/Edith Wolff: Jüdische Jugend im Untergrund. Eine zionistische Gruppe in Berlin während des Zweiten Weltkrieges

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15-16/81, S. 16—38

Dieser Bericht beleuchtet eine bisher wenig bekannte Seite jüdischen Schicksals im „Dritten Reich“. Bis 1940 ließen die Nazis die Auswanderung von jungen Juden in das damalige britische Mandatsgebiet Palästina noch zu, und die „Jüdische Jugendhilfe“ durfte die jüdischen Jugendlichen in besonderen Kibbuzim und Instituten auf die Auswanderung vorbereiten. Die mit der Forcierung der „Endlösung der Jugendfrage“ einsetzenden Deportationen und das Verbot der jüdischen Schulen brachte auch diese Jugendgruppen in physische Bedrängnis.

Jizchak Schwersenz, der Leiter einer solchen Gruppe in Berlin, beschreibt, wie der vernichtende Ring sich immer enger um die ihm anvertrauten Jugendlichen schließt, bis sich im Spätsommer 1942 die noch nicht verhafteten und deportierten Gruppenmitglieder zum „Untertauchen“ entschließen. Im Zentrum des Berichts steht die Schilderung der täglichen (und allnächtlichen) Gefährdungen und der unaufhörlichen Mühsal, die die in den Untergrund Gegangenen auf sich nehmen mußten, um die notwendigsten Lebensmittel zu beschaffen, gefälschte Ausweise und Arbeitsgelegenheiten zu besorgen und (häufig wechselnde) Unterkünfte zu finden — bei Halbjuden und in „Mischehen“ lebenden Juden, aber auch bei hilfsbereiten „arischen“ Familien. Trotz der ständigen Not und Lebensgefahr, trotz des nicht abzusehenden Endes des Schreckens und trotz der mehr und mehr durchsickern den Nachrichten vom Schicksal der nach Osten deportierten Juden setzt die Jugendgruppe ihre Zusammenkünfte — oft genug im Freien, im Schutz der Wälder — fort, begeht die jüdischen Feste und bereitet sich auf ein Leben in Erez Israel vor. Anfang 1944 gelingt Schwersenz die gefahrenreiche Flucht in die Schweiz mit dem Ausweis eines Offiziers der deutschen Luftwaffe. Von hier aus versucht er, den zurückgebliebenen Mitgliedern der Jugendgruppe ebenfalls den Fluchtweg zu ebnet, doch werden diese Bemühungen vereitelt, weil die Nazibehörden von den Fluchtplänen erfahren. Gleichwohl konnten die untergetauchten Gruppenmitglieder das Ende des Krieges lebend erreichen.